

metall



Nr. 5 | Mai 2005
Jahrgang 57
D 4713

Das Monatsmagazin



US-Firmen in Deutschland

Die Aussauger

8. Mai

Nie wieder Krieg

Ratgeber

Sicher im Alter

Gegen rechte Gewalt

metall-Titel 4/2005: Metalller gegen Rechts

► Manchmal bin ich ein Quälgeist und kann andere ganz schön nerven. Doch diesmal möchte ich ganz herzlichen Dank für die **metall**-Ausgabe, Nummer 4/2005 sagen. Die Artikel »Denn sie wissen nicht, was sie tun« und »Die neuen Neonazis« sind genau der Stil, wie ich **metall** seit Jahrzehnten kenne und mag.

Werner Rauch, Moosburg

► Ich habe mir gerade den Artikel über »Neonazis als Jugendvertreter« durchgelesen. Ich fand den Artikel wirklich interessant. Aber leider musste ich feststellen, dass da etwas nicht ganz richtig ist. Ihr schreibt, die Gruppe »Böhse Onkelz« wäre eine Nazi-Kultband. Das ist auf

Andreas Klottek, Essen

Ich bin der Meinung, die IG Metall sollte sich neutral zeigen. Rechte wie linke Gewalt sollte es nicht geben.

der einen Seite zwar richtig, aber auf der anderen Seite wieder nicht. Die »Onkelz« haben sich schon vor etlichen Jahren von dieser Szene distanziert und sich selber bei »Rock gegen Rechts« engagiert. Es gibt genügend Mitglieder, die diese Musik hören, aber bestimmt keine Nazis sind. Aber ansonsten fand ich Eure Ausgabe wieder Spitze.

Alexander Keil, Fürth

► In dem Artikel »Die neuen Neonazis. Zeit der Gegenwehr« steht, ich könne 75 Prozent der Thesen eines bekennenden Nazis unterschreiben. Hiermit stelle ich klar, dass ich jede Form von Neonazismus oder anderem rechtem Gedankengut auf das Schärfste ablehne und damit auch nicht in Verbindung gebracht werden möchte.

Marc Seeger, Jugendsekretär, Eisenach

Nichts Neues

metall 4/2005: Job-Gipfel und »Auf den Hund gekommen«

► Endlich ist die Katze aus dem Sack. Mit Merkels Hilfe konnten Finanzmärkte und Wirtschaft endlich eine hilfswillige Person in das höchste Amt der Bundesrepublik installieren. Die Rede Köhlers vor den Arbeitgebern im Vorfeld des Treffens der rot-grünen Koalition mit der CDU/CSU lässt erahnen, welche Gesinnung der derzeitige Amtsinhaber hat. Köhler missbraucht das Amt des Bundespräsidenten, um dem Machtmissbrauch der Wirtschaft Vor-schub zu leisten. Gewinnstreben auf Kosten anderer hält er für legitim und soziale Gerech-

tigkeit sowie soziale und ökologische Verantwortung sind ihm fremd. Köhler sollte ehrlich sein, sich nicht weiter Bundespräsident nennen, sondern Wirtschaftspräsident.

Werner Roth, Nephten

► Nicht zum ersten und auch nicht zum letzten Mal entpuppt sich Köhler als Präsident des deutschen Kapitals – an der neoliberalen Front nichts Neues. Er ist der Bundespräsident ohne Bezug zur überwiegenden Mehrheit der deutschen Bevölkerung. Seine Rezepte gegen Arbeitslosigkeit sind die Rezepte, die schon unter Kohl mit der so genannten moralischen Wende in Deutschland eingeführt wurden. Das Ergebnis ist die stete zunehmende Arbeitslosigkeit sowie die Verarmung großer Teile der Bevölkerung.

Nathalie Wilhelm, per E-Mail



Foto: attemzene / Rneker

Demonstration gegen Neonazi-Aufmarsch: Jede Form von Neonazismus ablehnen

Bemerkenswert

metall 4/2005 »Wes Brot ich es, des Lied ich sing«

► Der Beitrag von Albrecht Müller war für mich in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert. Zum Einen zeigt er uns die interessen-geleitete Propaganda so genannter neutraler Wirtschaftsexperten auf. Im Grunde kennen wir diese Sichtweise aus jeder Tarifaueinandersetzung. Zum Anderen lässt die Unternehmerpropaganda ganz offen die Katze aus dem Sack. Unverhüllt wird von Kapitalrendite gesprochen. Hierzu wird ohne Scham erklärt, dass sie mit 20 bis 30 Prozent im internationalen Maßstab zu niedrig sei, um Investoren nach Deutschland zu locken. So wird weiteren Unternehmenssteuern das Wort geredet.

Helmut Klier, Düsseldorf

► Weil viele Unternehmer ihre Betriebe ins Ausland verlagern wollen, um dort die Menschen mit Hungerlöhnen auszubeuten, sollte man diese Betriebe beschlagnahmen. Die so genannten Manager sind zu entlassen und durch normal bezahlte Leute zu ersetzen. Da vor dem Gesetz angeblich alle gleich sind, kommen diese entlassenen Manager auch in den

Genuss von Arbeitslosengeld II. Außerdem haben sie die Möglichkeit mit Ein-Euro-Jobs ihren Lebensstandard aufzubessern. Ich wäre gespannt zu erfahren, wie sie damit zurecht kämen.

Arthur Degener, Bochum

Ich lese die Artikel von Herrn Müller ausgesprochen gerne, da er sehr kluge Gedanken hat. Vor allem schreibt Herr Müller für jedermann verständlich und nicht so hochgedroschenes Zeug wie manche Politiker. Ich bin kein Wirtschaftswissenschaftler oder ein anderer kluger Kopf, der sich damit zu befassen hat. Aber es muss doch jemanden geben, der uns sagen kann, wie die »Ausbeutung des Menschen« ein Ende haben kann, und den Profitgeiern endlich mal die Grenzen gesetzt werden.

Ramona Schreiter, Nürnberg

metall-Redaktion
Lyoner Straße 32
60528 Frankfurt am Main
Fax: 069-66 93-20 00
E-Mail:
metall-leserpost@igmetall.de

Bitte auch Adresse angeben.
 Die Redaktion behält sich vor,
 Leserbriefe zu kürzen. Die vollständige
 metall-Ausgabe steht auch im Internet.

Editorial

Asoziales Verhalten

► **metall** greift in dieser Ausgabe ein Thema auf, das vor allem durch den SPD-Vorsitzenden Franz Müntefering in diesen Tagen angestoßen wurde: das asoziale Verhalten von Kapitalgesellschaften und das rücksichtslose Geschäftemachen des Kapitalismus. In unserem Fall ist es die Renditegier von US-Firmen. Sie kaufen deutsche Firmen auf, saugen die Euros aus den Betrieben ohne Rücksicht auf Menschen und Regionen wie Mücken das Blut, um den Rest dann weiter zu verscherbeln. Das geschieht immer nach dem gleichen Muster. Die Übernahme wird als sichere Investition in die Zukunft verkauft. Doch dann kommt das böse Erwachen. Gesunde Betriebe werden krank gerechnet, Menschen entlassen und Standorte geschlossen. Auf der Strecke bleiben die Belegschaften mit ihren Familien, die Zulieferer und in besonders schlimmen Fällen ganze Regionen.

► Dass es auch anders geht, zeigt das Beispiel der Stahlwerke Bremen. Dort, wo es Mitbestimmung gibt, sind auch andere Wege möglich – statt einfalllosem Stellenabbau und phantasieloser Standortschließung. Mit den besseren Konzepten konnte der Betriebsrat den Betrieb retten. In Zeiten des Jammerns und Lamentierens über den Standort Deutschland eine nachahmenswerte Aktion zur Sanierung eines angeschlagenen Unternehmens.

Die Redaktion

BSW

Wie der Betriebsrat erfolgreich die Bremer Stahlwerke (BSW) sanierte. **Seite 12**

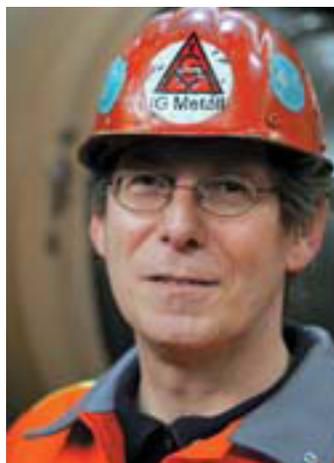


Foto: Carmen Jaspersen



Foto: picture-alliance/dpa/Büttner

Bekleidung

Nach dem Wegfall des Welttextilabkommens werden die Karten in der Textil- und Bekleidungsindustrie neu gemischt. **Seite 22**



Foto: picture-alliance/dpa/Berg

Zuwanderung

Viele Deutsche haben eine doppelte Staatsbürgerschaft. Jetzt ist ihr Aufenthalt in Gefahr. Bis zum 30. Juni müssen sie ihren Status klären. **Seite 24**

Magazin

- Sozialstaat: Solidarische Reform 4
- Kfz-Handwerk für Tarifverträge 5
- Textil Ost: Mehr Geld für gute Arbeit . 6

Das Thema

- 8. Mai: Erinnerung und Verantwortung 8

Zur Sache

- Jürgen Peters: Lohn ist nicht nur der Preis für Arbeit 10

Streitfrage

- Aktien oder soziale Verantwortung? . 11

Betriebsreport

- Bremer Stahlwerke: Die FIT-Macher 12

Titel

- US-Firmen : Die Plünderer sind da 14

Report

- Armutsbericht: Immer mehr Arme 19

Branchennews

- Stahltarifrunde 20
- Impressum 20

Branchenreport

- Bekleidungswirtschaft: International verwoben 22

Ratgeber

- Zuwanderung: Aufenthalt sichern . . 24
- Metall-Rente: Sicher im Alter 26

Monatsökonom

- Peter Bofinger über das Standortgejammer 28

Rätsel

- Monats- und Drei-Monats-Rätsel . . 30

Porträt

- Zu Besuch bei Rainer Reusing 31

Regionales

- Aus den Bezirken 32
- Lokales/Karikatur 35

Titelillustration: Silvan Wegmann

Sozialstaat

»Solidarische Reform«

»Mut zur Gerechtigkeit!« – Unter diesem Motto diskutierten rund 600 IG Metall-Mitglieder am 6. und 7. April in Berlin mit Politikern, Wissenschaftlern und Geistlichen über die Zukunft des Sozialstaats.

»Der Sozialstaat ist kein Schönwetterprojekt«, das in wirtschaftlich schwierigen Zeiten in Frage gestellt werden kann. Gerade dann muss er sich bewähren, forderte Bischof Wolfgang Huber, der Vorsitzende des Rats der Evangelischen Kirche.

Mit alarmierenden Zahlen schockte Professor Diether Döring von der Uni Frankfurt die Kongressteilnehmer. Nach seinen Berechnungen hat ein heute 30-jähriger Arbeitnehmer nur noch 30 Prozent seines durchschnittlichen Bruttolohns als Rente zu erwarten. Das Konzept der Regierung, zusätzliche

Altersvorsorge zu fördern und so die Lücken bei der gesetzlichen Rente zu stopfen, funktioniert nicht. Die Erfahrungen bei der Metall-Rente, dem Versorgungswerk von IG Metall und Gesamtmetall, zeigen: Vor allem gut Verdienende nutzen die staatliche Förderung. Wichtig wäre sie jedoch vor allem für Kleinverdiener, denen Renten unter Sozialhilfeniveau drohen. Döring schlug eine gesetzliche Pflicht zu zusätzlicher Altersvorsorge vor. Das stieß jedoch bei vielen Metallern auf Skepsis. Ein Zwang zur Vorsorge sei nicht die richtige Antwort, wenn Menschen mit wenig Einkommen es sich nicht leisten können, sich zusätzlich abzusichern. Jürgen Peters sprach sich für eine Bürgerversicherung aus, um die Kosten der Sozialversicherung gerechter zu verteilen.



Foto: Erwin Wedelica

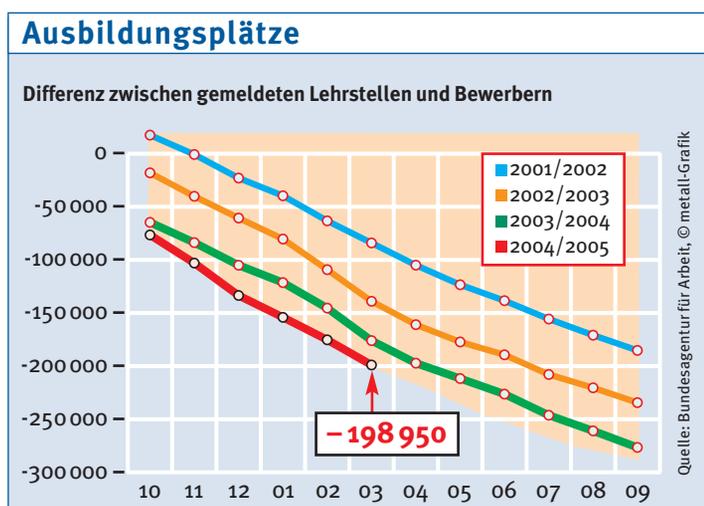
Heute noch im Arbeitsprozess: Doch reicht morgen der Lohn oder die Rente?

Peters forderte eine »Agenda für eine solidarische Sozialstaatsreform«, als Alternative zum »Aktionärs-Kapitalismus«. Und nannte fünf Hauptprojekte: Neben der Bürgerversicherung eine Investitionsoffensive für mehr Wachstum, mehr Engage-

ment für Bildung und Familien, mehr Prävention – nicht nur als Schutz vor Krankheit, sondern auch vor Arbeitslosigkeit. Und ein europäisches Sozialstaatsmodell, das »Schmutzkonkurrenz durch Mindeststandards« verhindert. ◀

Zweijährige Ausbildung

Versprochene Wunderwaffe ein Rohrkrepierer



Der Negativtrend bei den betrieblichen Ausbildungsplätzen setzt sich auf hohem Niveau fort. Die rechnerische Lücke betrug im März diesen Jahres 198 950. Das sind noch einmal knapp 30 000 mehr als im Vorjahr. Gleichzeitig bleiben die Schulabgängerzahlen weiter hoch. ◀

Die Arbeitgeber versprochen: Neue verkürzte theoriegeminderte Berufe führten zu einer nennenswerten Zahl neuer Lehrstellen.

Für das letzte Jahr liegen jetzt die Zahlen vor. Von den versprochenen 5000 Ausbildungsverträgen in den Berufen Maschinen- und Anlagenführer sowie Fahrradmonteur wurden 2004 lediglich 716 abgeschlossen.

»Damit hat sich bewahrheitet, was wir schon bei der Einführung gesagt haben: Die Wunderwaffe zweijährige Berufe als Antwort auf die Ausbildungskrise ist in Wahrheit ein Rohrkrepierer«, sagt Erwin Vitt, im

IG Metall-Vorstand für Berufsausbildung zuständig.

Auch der neue zweijährige Beruf Kraftfahrzeugservicemechaniker ist im Sande verlaufen. Dieser Beruf sollte ursprünglich in Nordrhein-Westfalen mit 400 Ausbildungsplätzen erprobt werden, aber Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) kippte dieser regionalen Versuch. Jetzt zeigt sich, dass bundesweit nur 325 Verträge abgeschlossen wurden. »Es wurde viel versprochen, aber wenig gehalten«, meint Vitt. Die IG Metall fordert Clement deshalb auf, diese den Standort Deutschland schädigende Qualifizierungspolitik aufzugeben. ◀

Kfz-Handwerk

»Wir legen einen Gang zu«

Mit Trillerpfeifen und roten Fahnen zogen Kfz-Handwerker am 9. April durch die Göttinger Fußgängerzone zur Stadthalle.

Bei dem bundesweiten Aktionstag waren rund 700 Betriebsräte aus allen Teilen der Republik angereist, um gegen die Blockadepolitik der Arbeitgeber zu protestieren und sich für einen bevorstehenden Tarifkonflikt zu wappnen. »Wenn es darauf ankommt, sind wir streikfähig«, sagte Wolfgang Hartmann, Betriebsratsvorsitzender vom Ford-Autohaus Göttingen-Ost mit 70 Beschäftigten. Joachim Dessaulles von der BMW-Niederlassung Hamburg (560 Beschäftigte): »Die Frechheit der Arbeitgeber hat in Hamburg eine große Streikbereitschaft ausgelöst.«

In Göttingen wurde deutlich: Die Kampfbereitschaft gegen den Versuch der Arbeitgeber, die Lohnkosten zu drücken und sich teilweise aus der Tarifbindung zu verabschieden, wächst. Wolfgang Rhode vom Vorstand der IG Metall: »Wir lassen es nicht zu, dass hoch qualifizierte Arbeitnehmer des Kfz-Handwerks zu Arbeitnehmern dritter Klasse abgestempelt werden.« Die IG Metall sei nicht blind und bereit, in der schwierigen, wirtschaftlichen Lage für die

rund 480 000 Beschäftigten der Branche unter dem Motto »Besser statt billiger« passgenaue Lösungen zu erarbeiten. Voraussetzung sei jedoch die Gesprächsbereitschaft der Arbeitgeber, sagte Berthold Huber, Zweiter Vorsitzender der IG Metall: »Die steigenden Mitgliederzahlen zeigen, dass die Bereitschaft groß ist, für



Kfz-Handwerker in Göttingen: Weitere Aktionen geplant

den Tarifvertrag einzustehen.« Die IG Metall habe mit 2353 neuen Mitgliedern ihre Neuaufnahmen im Kfz-Handwerk im Vergleich zum Vorjahr mehr als verdoppelt. »Unser Organisationsgrad ist seit Oktober 2004 von zehn auf 70 Prozent gestiegen«, berichtete Bernward Schmolke, Betriebsratsvorsitzender des VW-Zentrums Paderborn mit 300 Beschäftigten.

»Wir wollen keine Arbeitnehmer dritter Klasse«

Die Forderungen der Arbeitgeber sind regional unterschiedlich. In einigen Bundesländern setzt man auf unbezahlte Mehrarbeit durch Arbeitszeitverlängerung, in anderen treten Unternehmer aus dem Arbeitgeberverband aus oder gründen Verbände ohne Tarifbindung. »Wie schon 1993 werden wir für den Tarifvertrag

kämpfen«, kündigte Wolfgang Blome an, Betriebsratsvorsitzender von Opel-Corsmann in Herford. In Nordrhein-Westfalen sind bereits 6000 Beschäftigte aus 100 Handwerksbetrieben auf die Straße gegangen. In Mecklenburg-Vorpommern wurde eine Tarif-

ralley gestartet. Im April zog in Leipzig und in Potsdam jeweils ein Autokorso durch die Stadt. Weitere Aktionen sind im gesamten Bundesgebiet geplant. Die IG Metall hat in Göttingen die Aktion »Tarif-TÜV« gestartet. Damit sollen Betriebe, die sich an Tarifverträge halten, in der Öffentlichkeit benannt und gelobt werden. Berthold Huber: »Wir legen jetzt einen Gang zu.«

Gewerkschaftstag Entscheid für Leipzig

Termin und Ort für den 21. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall stehen jetzt fest: Der Vorstand hat auf seiner Klausur Mitte März in Magdeburg bewusst für Leipzig gestimmt. Termin ist der 4. bis 10. November 2007 im Congress Center. Der Gewerkschaftstag tritt damit zum ersten Mal in einer ostdeutschen Stadt zusammen.

Außenansicht

Wirtschaftspolitik

Opfer für die Uno

Deutschland hat mehr als fünf Millionen Arbeitslose, immer mehr Arme und der Staat hat kein Geld. Doch all dies scheint Gerhard Schröder derzeit wenig zu stören. Er will in die Geschichte eingehen: als der



Wolfgang Kessler,
Chefredakteur
»Public Forum«

Bundeskanzler, der den Deutschen einen ständigen Sitz im Weltsicherheitsrat verschafft hat. Für dieses – äußerst umstrittene – Ziel reist er als Vertreter durch die Welt. Dabei scheint er nicht zu merken, wie er und damit ganz Deutschland von den Potenzen großer Mächte missbraucht wird. Erst jüngst nutzte Schröder seine Männerfreundschaft zu Russlands Staatspräsident Wladimir Putin zu Geschäften: Kooperationen im Energiebereich und beim Ausbau der russischen Bahn sollen die deutsch-russischen Bande verstärken. Es gibt keinen Zweifel: Putin wird den Schröderschen Drang nach mehr Macht in der UNO unterstützen. Es gibt aber auch keinen Zweifel über den Preis: möglichst Schweigen über den russischen Staatsterror in Tschetschenien. Noch mehr kostet Schröders Weltpolitik im Falle Chinas. Er will, dass europäische Firmen Waffen an China liefern dürfen: an ein Regime, das systematisch die Menschenrechte verletzt und in Asien zunehmend aggressiver auftritt. Natürlich unterstützen auch die Chinesen Schröders Drang zu mehr Macht in der UNO. Insofern waren die Reisen des Kanzlers erfolgreich. Der ständige deutsche Sitz im Weltsicherheitsrat rückt näher. Doch je näher er rückt, desto größer werden die Opfer.

Aufsichtsrats-Tantiemen

Abführung bleibt

Die gewerkschaftlichen Aufsichtsratsmitglieder sind verpflichtet, ihre Tantiemen anteilig abzuführen. Schon das Oberlandesgericht Frankfurt stellte 2001 fest, dass sich diese Verpflichtung aus Paragraf 3 Nr.11 Satzung in Verbindung mit den Abführungsrichtlinien ergibt. Die IG Metall

setzt daher die nicht korrekte Abführung auch gerichtlich durch. Das LG München I hat am 17. März eine Klage der IG Metall wegen fehlender Verpflichtungserklärung abgewiesen. Auf diese kommt es aber nach Auffassung der übrigen Rechtsprechung nicht entscheidend an.

1. Mai

DGB-Aufruf

Du hast Würde

»Du bist keine Nummer.
Du bist kein Kostenfaktor.
Du hast Würde. Zeig sie.«

Unter dieses Motto haben die DGB-Gewerkschaften in diesem Jahr die Aktivitäten zum 1. Mai gestellt. Die »staatliche Gewalt« habe oft nur »eine sehr schwache Hand, um die Würde der Menschen wirklich zu schützen«, wird das Motto im DGB-Aufruf begründet. Zur Menschenwürde gehöre es, den Lebensunterhalt mit eigener Arbeit verdienen zu können. Dieses Recht werde Millionen Menschen verwehrt. Viele, die Stellen haben, arbeiteten unter unwürdigen Arbeitsbedingungen und zu unwürdig niedrigen Löhnen. Arbeitnehmer würden zu reinen Kostenfaktoren erniedrigt.

Die Menschenwürde erfordert, der Politik Vorrang vor Wirtschaftsinteressen zu geben. Erwerbslose müssen faire Chancen erhalten. Und alle müssen das gleiche Recht haben, gesund alt zu werden, ohne im Alter arm zu sein.

Die Sozialsysteme seien eine Grundvoraussetzung für ein Leben in Würde, sie dürften nicht den Profitinteressen von Firmen untergeordnet werden. Die Gesellschaft müsse Menschen, die auf Unterstützung angewiesen sind, Solidarität

und Hilfe bieten. Der Erste Vorsitzende der IG Metall, Jürgen Peters, wird am 1. Mai auf der Abschlusskundgebung auf dem Römerberg in Frankfurt am Main reden. Der Zweite Vorsitzende,

Berthold Huber, wird auf dem Kennedyplatz in Essen seine Rede halten. ◀

Ostdeutsche Textilindustrie

Drei Prozent mehr für Textil-Ost



Fallschirmproduktion in Sachsen: Wirtschaftliche Voraussetzungen sind gut

Drei Prozent mehr Entgelt, eine bessere betriebliche Altersvorsorge und eine geregelte berufliche Weiterbildung in einem hoch innovativen Industriezweig – mit diesen Forderungen geht die IG Metall in die Tarifrunde für die knapp 19000 Beschäftigten der ostdeutschen Textilindustrie.

Die wirtschaftlichen Voraussetzungen für ein Einkommensplus in dieser Branche stehen gut, belegen Analysen der IG Metall. Nach schmerzhaften Einschnitten in den 90er Jahren, die den tiefgreifenden Umbau der Textilindustrie in

den neuen Ländern begleiteten, stehen die Zeichen nun auf Expansion und Wachstum. Von 1998 bis 2003 stieg der Pro-Kopf-Umsatz in der ostdeutschen Textil- und Bekleidungsindustrie um fast 13 Prozent und

legte von 2003 bis 2004 nochmals um drei Prozent zu. Der aktuelle Auftragseingang lässt für 2005 eine Produktionssteigerung von zwei bis vier Prozent realistisch erscheinen.

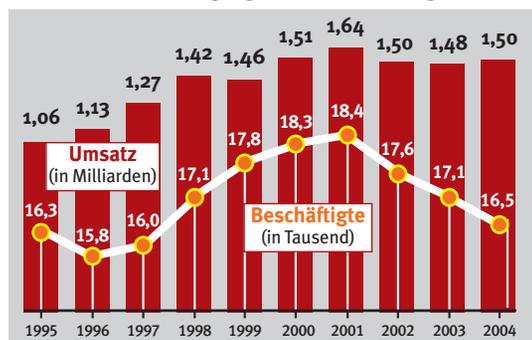
Im Gegensatz dazu stagnierten die realen Monatseinkommen der Textilbeschäftigten seit 1995. »Das beweist anschaulich, dass Beschäftigte ohne Tarifvertrag von den Früchten wirtschaftlicher Erfolge nichts abbekommen«, sagte Verhandlungsführer Peter Donath.

»Verglichen mit den Gehältern, die sich Manager genehmigen, ist unsere Forderung bescheiden«, sagte Helga Schille, Betriebsratsvorsitzende beim Autzulieferer Johnson Controls Zwickau, zur Eröffnung der Tarifrunde im sächsischen Meerane. »Wir wollen die Aufwärtsbewegung der Betriebe auch auf unserem Konto sehen«, sagte Angelika Roser von der Autoliv Sicherheitstechnik GmbH Döbeln.

1991 startete die Firma mit 27 Beschäftigten, heute sind es 500. »Unsere Forderungen sind richtig«, fasste Donath zusammen und unterstreicht: Neben mehr Einkommen braucht der neue Tarifvertrag zukunftssichernde Elemente, auch um den drohenden Fachkräftemangel in dieser Branche abzuwenden. ◀

Beschäftigung und Umsatz

Der Umsatz in der Textilindustrie bleibt auf hohem Niveau, während die Beschäftigung dramatisch zurückgeht.



Quelle: Statistisches Bundesamt 2004; Schätzung aufgrund der Länderdaten

Alstom Deutschland

Kampfansage an die Belegschaften

Die knapp 7000 Beschäftigten an den 15 deutschen Standorten des französischen Alstom-Konzerns fürchten um ihre Arbeitsplätze.

Nach den neuerlichen »Restrukturierungsplanungen« vom März sollen allein in Mannheim rund 900 Menschen ihren Arbeitsplatz verlieren. Die von Alstom vorgetragene Begründung,

wonach Arbeitsplätze zu den Märkten nach Indien, Mexiko und China verlagert werden sollen, verstehen die Betriebsräte als »Kampfansage« an alle europäischen Standorte. Udo Belz von der Alstom Power AG: »Eine solche Kampfansage kann nicht einfach hingenommen werden.« Heinz Bierbaum vom Info-Institut in Saarbrücken, der den Eu-

ropäischen Betriebsrat betreut, sieht Alstom »im Würgegriff der Kapitalgeber«.

Schon vor zwei Jahren schrammte die Firma dicht an der Pleite vorbei. Der französische Staat sprang bei. Um nun die Auflagen der EU zu erfüllen, sollen nun über das China-Geschäft kurzfristig wirtschaftliche Erfolge erzielt werden. ◀



Nachgefragt ...

Ein Jahr EU-Osterweiterung

Große Hoffnung, große Skepsis – vor dem 1. Mai 2004 fragten sich West- und Osteuropäer, was die Vereinigung zehn osteuropäischer Länder mit der »alten« EU bringen würde. **metall sprach mit Andrzej Adamczyk, zuständig für Internationales bei der polnischen Gewerkschaft Solidarność.**

metall: Sind die Polen zufrieden mit dem ersten Jahr in der EU?

Adamczyk: Die lautesten Kritiker, die Bauern, sind nun sehr zufrieden, weil ihre Preise nicht in den Keller gefallen sind. Und die ganz Hoffnungsvollen, die auf unmittelbaren Anschluss an den westlichen Wohlstand gesetzt haben, wurden eher enttäuscht. Alles in allem hat sich nicht viel verändert. Schon vor dem 1. Mai 2004 waren die Grenzen ja praktisch offen.

»Konkurrenzdruck in Ost und West ist gleich«

metall: Viele deutsche Arbeitnehmer fürchten um ihre Arbeitsplätze, weil in Osteuropa für viel weniger Geld gearbeitet wird.

Adamczyk: Diese Probleme haben nichts mit der EU-Erweiterung zu tun, sie sind älter. Heute sind die polnischen Arbeitnehmer ebenso unter Druck der Unternehmen wie ihre westeuropäischen Kollegen, denn auch sie stehen in Konkurrenz um die billigste Arbeitskraft. Polen und andere osteuropäische Länder gelten schon als zu teuer – das Kapital zieht weiter in Richtung Asien. Gegen diese Erpressung müssen

wir uns gemeinsam wehren. Dass auf der anderen Seite polnische Fachkräfte unter Tarif im Westen arbeiten, ist natürlich nicht in unserem Sinn. Wir fordern existenzsichernde Arbeitsplätze hier, in unserem Land.

metall: Wie stark sind die Gewerkschaften in Polen heute?

Adamczyk: Von dem früheren hohen Organisationsgrad ist nicht mehr viel übrig. Heute sind weniger als zwölf Prozent der Beschäftigten Mitglied einer Gewerkschaft. Solidarność, als einer von drei Dachverbänden hat rund 800 000 Mitglieder – das

sind ungefähr fünf Prozent aller Arbeitnehmer.

metall: Was ist geblieben vom Geist von Solidarność?

Adamczyk: 1980 waren wir die einzige vom Staat unabhängige Organisation in Polen. Solidarność verkörperte Veränderung, Revolution. Heute sind wir eine ganz »normale« Gewerkschaft, die um Mitglieder kämpft und sich in Auseinandersetzungen mit Betrieben sieht, die damals undenkbar waren. Der Gedanke der Solidarität hat aber nichts von seiner Bedeutung eingebüßt. ◀



... bei Gewerkschafter Andrzej Adamczyk

Kommentar zu Siemens VDO Neues Erpressungsmanöver



Foto: FIM

Den ersten Schlag gegen den Flächentarifvertrag führte Siemens vergangenes Jahr. Jetzt folgt ein neuer Angriff.

metall-Korrespondent Hans-Otto Wiebus über die Siemens-Erpressung

In Kamp-Lintfort stellten die Siemens-Manager die Belegschaft vor die Wahl: Verlagerung oder Mehrarbeit und Lohnverzicht. Die Erpressung funktionierte, die Belegschaft musste Zugeständnisse machen. Seither versuchen Unternehmer aus allen Branchen, unbezahlte Mehrarbeit durchzusetzen.

Jetzt will Siemens offenbar wieder den Vorreiter spielen. Diesmal knöpft sich die Geschäftsleitung nicht einen wirtschaftlich angeschlagenen Bereich wie in Kamp-Lintfort vor, sondern ein wirtschaftlich kerngesundes Unternehmen: Siemens VDO. Der Automobilzulieferer beschäftigt weltweit rund

43 000 Mitarbeiter, davon 19 000 in der Bundesrepublik. In den 14 deutschen VDO-Werken werden High-Tech-Komponenten unter anderem für die Antriebs- und Sicherheitstechnik entwickelt und produziert. Der Standort Würzburg (1600 Beschäftigte) ist eine Perle innerhalb der hochprofitablen VDO-Gruppe: Produktion und Entwicklung von Elektromotoren für die unterschiedlichsten Au-

tomobilbauteile werfen satten Gewinn ab. Von den 25 Millionen Euro, die VDO im vergangenen Geschäftsjahr in diesem speziellen Segment verdiente, stammen 19 Millionen aus Würzburg. Die Umsatzrendite: 6,5 Prozent.

Dennoch: Nach Siemens-Plänen soll die gesamte Produktion nach Ostrava in Tschechien verlegt werden, 1450 Stellen stehen zur Disposition. Falls die Belegschaft aber einem Einkommensverzicht von insgesamt 50 Millionen Euro zustimme, so die Geschäftsleitung in einem »Alternativplan«, könne man darüber

reden, 800 Stellen in Würzburg zu lassen. Es ist das gleiche Spiel wie in Kamp-Lintfort. Allerdings in verschärfter Form: In Nordrhein-Westfalen nahm man den Kolleginnen und Kollegen nur das Geld ab und ließ ihnen die Jobs. In Würzburg hingegen will man von den Beschäftigten Geld und Arbeitsplätze.

Der bayerische IG Metall-Betriebsleiter Werner Neugebauer analysiert: »Ökonomisch und ökologisch ist die Verlagerung unsinnig. Es geht um etwas Anderes: zu zeigen, dass man mit den Belegschaften ganz nach Belieben umspringen kann.«

Wenn schon nicht ökonomisch, so scheint sich die Sache für den neuen Siemens-Chef Klaus Kleinfeld politisch zu rechnen. Wenn es ihm gelingt, den profitablen Standort Würzburg zu zerschlagen, dann wäre bewiesen, dass sich der Konzern alles erlauben kann. Zur Freude aller anderen Unternehmer, die sehr schnell ähnliches versuchen würden. Dies ist keine der üblichen Verlagerungsdebatten. In Würzburg geht es um die Arbeits- und Sozialbedingungen in Deutschland. ◀



Foto: picture-alliance/dpa/Flüher

Siemens VDO-Mitarbeiter: Es geht um Arbeits- und Sozialbedingungen

8. Mai 1945 bis 8. Mai 2005

Tag der Erinnerung und Verantwortung

Am 8. Mai jährt sich zum 60. Mal der Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus. In ganz Deutschland feiern die IG Metall-Verwaltungsstellen. Einige Veranstaltungen als exemplarische Beispiele auf Seite 9.

Erklärung des Vorstands der IG Metall

Im Jahr 2005 jährt sich zum 60. Mal der Tag der Befreiung vom Faschismus. Am 8. Mai 1945 wurden mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der Zerschlagung des nationalsozialistischen Terrorregimes die Grundsteine für einen demokratischen Neuaufbau, für Frieden und Freiheit in Deutschland gelegt.

Der 8. Mai ist aber auch ein Tag der Erinnerung an die Verantwortung Deutschlands vor der Geschichte. Ein Tag des Gedenkens an die vielen Millionen Opfer des Faschismus und an unsägliches Leid, das Deutsche verschuldet haben.

Angesichts dessen ist der Vorstand der IG Metall bestürzt, dass rechtsextreme Kräfte diesen Gedenktag zur Leugnung, Aufrechthaltung und Relativierung der Nazi-Verbrechen missbrauchen.

Die IG Metall weist dies mit aller Entschiedenheit zurück. Ursachen und Wirkungen der Geschichte von Unterdrückung und Weltkrieg dürfen nicht verdreht werden. Der 8. Mai darf nicht in ein falsches Licht gerückt werden. Er ist ein Tag der Befreiung, Erinnerung und Mahnung – und das muss er auch bleiben.

Die IG Metall ruft daher alle demokratischen Kräfte in Deutschland auf, sich am 8. Mai 2005 in »Bündnissen für Demokratie und Toleranz« gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Geschichtsfälschung zu engagieren und ein deutliches Zeichen für Rechtsstaat, Demokratie, Solidarität und Toleranz zu setzen. Die

Verwaltungsstellen der IG Metall werden aufgefordert, sich vor Ort für solche Bündnisse einzusetzen.

Darüber hinaus fordert der Vorstand der IG Metall alle Verantwortlichen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu einem langfristigen Engagement zur Bekämpfung von Rassismus und Rechtsextremismus auf. Es gilt, sich verstärkt der sozialen, gesellschaftlichen und politischen Probleme anzunehmen, die bei vielen Menschen das Zutrauen in die politische Demokratie erschüttern. Dabei bedarf es vor allem der entschlossenen Bekämpfung der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit, aber auch einer aktiven Politik

gegen gesellschaftliche Ausgrenzung und soziale Perspektivlosigkeit.

Wir appellieren aber auch an die Bürgerinnen und Bürger, einer zunehmenden Gewöhnung an rechtsextremistische, rassistische oder rechtspopulistische Vorurteile im Denken, in Sprache und der Politik entgegenzuwirken und sich selbstbewusst gegen Diskriminierung und für Menschen in Not einzusetzen: in der Schule, am Arbeitsplatz, in allen Lebensbereichen.

Eine nachhaltige Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus kann nur durch eine entschlossene Politik und das selbstbewusste Engagement aller Bürgerinnen und Bürger sichergestellt werden. ◀

Foto: picture-alliance / dpa / Schutt



KZ-Stätte Buchenwald im April 2005: »Ein Tag des Gedenkens«



Hamburg, Mönckebergstraße 1946:
»Unsägliches Leid«



Notküche 1946: »Selbstbewusst gegen
Diskriminierung einsetzen«



Deutsche Kriegsgefangene 1945:
»Der 8. Mai ist ein Tag der Befreiung«

Veranstaltungen zum 8. Mai (Auszug)

► Heidenheim

»Neofaschismus in Deutschland«

Eine Ausstellung, zusammengestellt von der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-regimes Bund des Antifaschisten, und der IG Metall.

Rathaus Heidenheim, von Montag, 2. Mai, bis Freitag, 13. Mai, im Rathaus Heidenheim ◀

► Bielefeld

»60 Jahre Befreiung – ein Grund zum Feiern«

Vortrag von Professor em. Dr. Arno Klönne ◀

»Zwangsarbeit in Bielefeld«

Beitrag des gewerkschaftlichen Arbeitskreises Zwangsarbeit.

Am 8. Mai, Haupteingang Sennefriedhof, Bielefeld ◀

► Krefeld

»Erinnerungsgang« durch die Krefelder Nazi-Vergangenheit

Zum Abschluss auf dem Neumarkt »werden wir uns gegen die ungehinderte Verbreitung rechtsextremen Gedankenguts in Krefeld engagieren«, heißt es dazu auf dem Veranstaltungshinweis.

Samstag, 7. Mai, Hauptbahnhof Krefeld ◀

► Frankfurt

»Erleben – Hoffen – Kämpfen«

Programmpunkte:

- 8. Mai 1945: Erfahrungen für's Leben. Dialog mit den Zeitzeugen Ludwig Baumann (Deserteur), Peter Gingold (Resistance), Sepp Sigulla (Gewerkschafter), Christa Springe (Pfarrerin)
- Zukunftsentwürfe damals – Realitäten heute.
- 8. Mai 2005 – Impulse für die Zukunft.

Tagung im Gewerkschaftshaus am 8. Mai von 10 bis 16.30 Uhr ◀

► Wiesbaden

»Wiesbaden nach Befreiung vom Faschismus« (Vortrag), Ausstellungseröffnung »Neofaschismus«

Am 9. Mai, 17 Uhr, Anny-Lang-Haus der AWO ◀

► Flensburg

Lichterkette rund um die Hafenspitze

Veranstalter: IG Metall und andere Organisationen ◀

► Stralsund

8. Mai 2005 – 60. Jahrestag der Befreiung

Versammlungen unter dem Symbol der Friedenstaube um 10 Uhr am Stele am Johannis-kloster am Sowjetischen Ehrenmal am Neuen Markt und am Gedenkstein der Vertriebenen am Tribseer Damm.

Um 10.30 Uhr ist am Alten Markt eine Gedenkfeier geplant. Dort spricht der Zeitzeuge Erwin Lange. ◀

► Salzgitter

»60 Jahre Befreiung Salzgitters vom Nationalsozialismus«

Das Projekt der IG Metall sieht unter anderem am 7. und 8. Mai eine Mahnwache mit Koksofen vor dem Rathaus vor.

»Widerstand gegen Faschismus«

Ausstellung im Foyer des Rathauses Salzgitter-Lebenstedt vom 1. bis 30. Juli 2005 ◀

► Wolfsburg

Veranstaltung an der Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus«

Am Ort der Gedenkstätte, die in den 80er Jahren von Friedensinitiativen und der IG Metall erkämpft worden ist, sind 400 Zwangsarbeiterinnen und

Zwangsarbeiter des VW-Werks begraben.

Zeitpunkt der Veranstaltung: 17 Uhr ◀

► Freiburg

Kundgebung und Demo zum »Platz der Synagoge«

Zeit: 9. Mai, 17 Uhr ◀

► Friedrichshafen

»60 Jahre Befreiung«

Internationale Konferenz. Dabei präsentieren Schüler die Ergebnisse ihrer Spurensuche nach italienischen Opfern auf dem KZ-Friedhof Birnau.

7. Mai, Graf-Zeppelin-Haus, ab 9 Uhr ◀

Der Turiner Historiker Gianni Oliva referiert zum Thema »Antifaschismus heute«.

8. Mai, 13 Uhr, Überlingen: Führung in den Goldbacher Stollen ◀

► Gaggenau

Aktion »frei sein«

Gedenkfeier der IG Metall mit Partnern im Kurpark Bad Rotenfels

Zeit: 8. Mai, von 11.30 bis 13 Uhr. ◀

► Heidenheim

Ausstellung »Neofaschismus in Deutschland«

Eröffnung am 2. Mai im Rathaus-Foyer in Heidenheim ◀

► Berlin

Tag für Demokratie

Zeltdorf der Gewerkschaften in der Straße des 17. Juni

7. Mai, 11 bis 22 Uhr: Kulturprogramm am Brandenburger Tor, ab 22 Uhr Lichterkette durch Berlin

8. Mai, 11 bis 16.30 Uhr: Kulturprogramm. ◀



Jürgen Peters,
Erster Vorsitzender
der IG Metall

Nur die Tarifverträge bilden noch einen Schutz und halten den freien Fall der Löhne auf.

»Vor einem kleinen, in einer Ecke errichteten Podium standen fünf- bis sechshundert Bergleute. Die Versteigerung ging so schnell vonstatten, dass man nur ein dumpfes Stimmengewirr hörte, das Ausrufen von Zahlen, die von anderen überschrien wurden. Einen Augenblick befürchtet (der Hauer) Maheu, keinen der vierzig von der Gesellschaft angebotenen Arbeitsplätze mehr zu erhalten.

25 EU-Länder kennen einen Mindestlohn. Ihrem Wachstum hat es nicht geschadet, doch den betroffenen Menschen hat es geholfen.

Klar ist aber auch: Wir brauchen keinen gesetzlichen Einheitslohn, der von der Bundesregierung bestimmt wird. Das wäre nur die zweitbeste Lösung. Wir wollen, dass der Gesetzgeber die untersten Tariflöhne für allgemeinverbindlich erklärt. Denn mit den Tariflöhnen haben wir bereits Mindestlöhne festgelegt – sie sind in freien Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften zustande gekommen. Dabei soll es bleiben. Kein Arbeitgeber sollte in unserem Land Menschen zwingen können, zu einem Lohn zu arbeiten, der unterhalb dieser Grenze liegt. Das ist wirtschaftlich vernünftig, weil ein solches System die Leistungsfähigkeit der Branchen und die Besonderheiten der Re-

Lohn ist nicht nur der Preis für Arbeit

Durch die Krisengerüchte beunruhigt und von panischer Angst vor Arbeitslosigkeit ergriffen, unterboten sich alle Bewerber.«

In seinem vor 120 Jahren erschienenen Roman »Germinal« beschreibt der französische Schriftsteller Emile Zola, mit welcher Verzweiflung Menschen Arbeit suchen. Was kostet die Arbeit und können Menschen davon leben? Diese Frage ist so alt und doch wieder so aktuell. Im Jahr 2005 müssen viele Menschen in Deutschland wieder zu Hungerlöhnen arbeiten. Doch von 2,70 Euro die Stunde kann niemand leben. Nur die Tarifverträge bilden noch einen Schutz und halten den freien Fall auf. Allerdings greifen sie nicht in jeder Branche und nicht in jeder Region. Deshalb brauchen wir in Deutschland einen Mindestlohn.

Angst vor Arbeitslosigkeit und die Drohung vieler Arbeitgeber mit Verlagerung haben viele Menschen gefügig gemacht. Jetzt sollen ausländische Firmen auch noch zu polnischen oder tschechischen Löhnen Dienstleistungen anbieten können. Diese Entwicklung muss gestoppt werden. 18 der

gionen berücksichtigt. Es muss das Prinzip gelten: gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort.

Die Bundesregierung will das Entsendegesetz erweitern und macht damit einen richtigen Schritt. Auch Ministerpräsident Edmund Stoiber weiß um die Notwendigkeit von Mindestlöhnen. Die CDU ist erst dafür gewesen und hat sich dann von der Wirtschaftslobby in den eigenen Reihen zurückpfeifen lassen. Die schreit »Wettbewerbsverzerrung« und sieht die Marktwirtschaft in Gefahr. Dieser Wettbewerberfetischismus ist absurd. Der Wettbewerb muss den Menschen dienen und nicht umgekehrt. Der Lohn ist nicht nur der Preis für die Arbeit – wie vor 120 Jahren. Er bedeutet Kaufkraft, und er ist in einer aufgeklärten und modernen Gesellschaft die Grundlage für ein Leben in Würde.

Jürgen Peters

Stahl global

Aktien oder soziale Verantwortung?

Streitgespräch zwischen Friedhelm Matic, 49, Leiter des IG Metall-Zweigsbüros in Düsseldorf, und Ralph Labonte, 51, Arbeitsdirektor der Thyssen-Krupp AG, Duisburg, Moderation: Norbert Hüsson

metall: Herr Labonte, Herr Matic wirft der deutschen Stahlindustrie mit Blick auf ihr Auslandsinvestment »reines Shareholder-Value-Denken« vor. Hand aufs Herz: Spielt beim Auslandsengagement in Übersee die Sicherheit der Arbeitsplätze hierzulande überhaupt eine Rolle?

Labonte: Erstens teile ich die Auffassung von Herrn Matic überhaupt nicht. Zweitens ist sie, bezogen auf unser Haus, völlig falsch. Die deutsche Stahlindustrie hat kaum Stellschrauben, die sie selbst beeinflussen kann. Wir leben in einem Hochlohnland und stehen in einem weltweiten Preiswettbewerb um Rohstoffe und Vor-

materialien. Wir müssen also andere Wege finden, unser Geschäft auszuweiten.

»Die logistischen Probleme werden unterschätzt« Friedhelm Matic

metall: Widerspruch, Kollege Matic?

Matic: Zum Teil, ja. Wir haben in Deutschland ein Kostenproblem, wobei die Löhne allerdings nicht ausschlaggebend sind, die betragen je nach Unternehmen nur elf bis 18 Prozent vom Umsatz. Dass sich die deutschen Stahlwerke im weltweiten Wettbewerb behaupten müssen, schließt ein Auslandsengagement ausdrücklich mit ein, was aber nicht zu Lasten hiesiger Standorte gehen darf.

metall: Das geschehe, versichert die Stahlindustrie, weil die ausländische Fertigung hierzulande weiter verarbeitet werden soll.

Labonte: Ja natürlich. Wir werden in Brasilien Brammen produzieren und wenigstens zur Hälfte in Deutschland weiterverarbeiten. Aber wir nehmen auch sehr viel Geld in die Hand, um die Rohstahlproduktion am Standort Duisburg international wettbewerbsfähig zu halten.

metall: Befürchtet die IG Metall, dass die Brammen-Verschiffung so teuer werden könnte, dass die zugesagte Weiterverarbeitung in Deutschland fraglich wird?



Friedhelm Matic, Moderator **metall**-Korrespondent, Norbert Hüsson, Ralph Labonte

Matic: Genau das ist die Gefahr. Es ist zwar billiger, Brammen zu transportieren als Erze und weitere Zuschlagstoffe. Aber die logistischen Probleme, glaube ich, werden unterschätzt. Wir lassen diese Schwierigkeiten und die Kostenvorteile der Verschiffung jetzt sehr genau untersuchen. Ich sehe da große Risiken. Nach ersten, vorsichtigen Schätzungen ist der Kostenvorteil von 180 Euro pro Tonne bereits auf 25 Euro abgeschmolzen.

metall: Herr Labonte, wie belastbar ist die Zusage der Weiterverarbeitung in Deutschland?

Labonte: Natürlich kann man Logistikprobleme unterstellen. Aber wir bewältigen sie doch jetzt schon. Wir sind darin perfekt. Und ich bin sicher, dass wir auch die Brammen-Verschiffung beherrschen werden. Das Konzept, das wir dem Aufsichtsrat – auch den Arbeitnehmervertretern – im August vorlegen wollen, wird so überzeugend sein, dass er möglichst einstimmig die notwendigen Investitionen beschließt.

metall: Wie wird Thyssen-Krupp aber seiner sozialen Verantwortung in Brasilien gerecht, wenn dort nur Bodenschätze und Arbeitskräfte ausgebeutet werden, aber keine nachhaltige Wertschöpfung stattfindet?

Labonte: Die Erzindustrie in Brasilien schafft Arbeitsplätze. Dieses Land ist darauf angewiesen, dass seine Rohstoffe verarbeitet werden. Und dafür sorgen wir. Bereits heute haben wir über 8000 Mitarbeiter in Brasilien.

Wir haben das gleiche Grundverständnis im Umgang mit ihnen und ihren gewählten Interessenvertretern wie in Deutschland, meine Personalverantwortung ist nicht teilbar. Und wir kooperieren mit dem gewerkschaftlichen Projekt Observatório Social, das den multinationalen Konzernen in Brasilien auf die Finger schaut. Unsere Beziehungen zum brasilianischen Gewerkschaftsbund CUT sind fast freundschaftlich.

metall: Herr Matic, war das eine Sonntagsrede oder mehr?

Matic: Mehr, ganz klar. Ich will keinen Konflikt konstruieren, wo es keinen gibt. Ein Stückweit wird hier, was Thyssen-Krupp betrifft, ja unsere Mitbestimmungskultur exportiert.

»Meine Personalverantwortung ist nicht teilbar« Ralph Labonte

Gleichwohl: Brasilien ist ein hoch verschuldetes Land mit einem hohen sozialen Konfliktpotenzial. Es hat Rohstoffe und billige Arbeitskräfte. Daraus muss es Kapital schlagen. Das nutzen andere Unternehmen wie der luxemburgische Stahlkonzern Arcelor, der kaum Beziehungen zur Gewerkschaft hat und mit Genugtuung zur Kenntnis nimmt, das sein Betrieb eigentlich »union-free« ist, schamlos aus. Die Globalisierung der Industriepolitik hat aber auf Dauer nur dann Erfolg, wenn sie ihrer sozialen Verantwortung auch im Ausland gerecht wird. ◀



Stahlwerke Bremen

Die FIT-Macher

Erstellten alternatives Sanierungskonzept: Betriebsräte Michael Breidbach (links), Klaus Hering (Mitte) und Günter Zittlau (rechts)

Fotos: Carmen Jaspersen

Die Betriebsräte der Stahlwerke Bremen beweisen: Sanierung geht auch ohne Kündigungen. Dank Mitbestimmung wurden Arbeitsplätze erhalten.

Es begann alles wie es so oft beginnt. Vor drei Jahren fusionierten einige europäische Stahlunternehmen zum Arcelor Konzern. Darunter auch die Stahlwerke Bremen. Ein Zeitpunkt, als es der deutschen Stahlindustrie sehr schlecht ging. Einige Monate nach der Fusion reisten dann die McKinsey-Unternehmensberater in schwarzen Anzügen nach Bremen. Sie durchleuchteten das Werk und stellten fest: 1700 von 4800 Stellen müssen weg sowie 130 Millionen Euro jährlich gespart werden. Der Vorstand verordnete eine drastische Schrumpfkur: »FIT«. Der Name war Programm.

Plötzlich war in Bremen nichts mehr wie es vorher war.

Der Betriebsrat muckte auf. »So ein brutales Sanierungskonzept? Nicht mit uns«, das war den Streikerprobtren Bremer Metallern schnell klar. »Auch wir hatten das Ziel, den Standort Bremen wieder fit zu machen. Aber wir wollten verdeutlichen, dass ein Rettungsprogramm auch anders laufen kann, als es die Unternehmensberater im Kopf hatten. Wir wollten beweisen, dass Personalabbau nicht der beste Weg zum Kostensparen ist. Und wir wollten zeigen, dass eine mitbestimmte Sanierung ein nachhaltiger Prozess ist, weil alle Beschäftigten beteiligt sind«, erklärt Betriebsratsvorsitzender Michael Breidbach.

Das FIT-Konzept sollte das Werk nicht nur retten, sondern auch die Arbeitsqualität verbessern, so die Idee des Betriebsrats. Breidbach sowie seine Kolleginnen und Kollegen suchten neue Wege. Wochenlang verhandelten sie mit der Geschäftsleitung. Auf der Su-

che nach einer anderen Lösung wurde innerhalb des Betriebsrats kontrovers diskutiert. »Wir waren zunächst unsicher, ob unser Weg im Konsens und Konflikt der richtige ist«, erinnert sich Klaus Hering, stellvertretender Betriebsratsvorsitzender an heftige Dispute der Metaller untereinander. Doch was wären die Alternativen gewesen? Streiken? Das FIT-Programm attackieren? Oder einen eigenen Weg vorschlagen? »Statt das Sanierungskonzept zu blockieren, wollten wir es mitgestalten und zwar mit allen Beschäftigten«, sagt Breidbach.

Ende Dezember 2002 stand das gemeinsam mit den IG Metall-Vertrauensleuten, dem Betriebsrat und der Geschäftsleitung ausgearbeitete Sanierungskonzept. Die wichtigsten Eckpunkte des Betriebsvereinbarungspakets: Sozialplan, Altersteilzeit, die Auffanggesellschaft BreTraG, das Einsatz- und Entwicklungszentrum, die Beteiligung der Mitarbeiter sowie eine Absenkung der Arbeitszeit.

Anfang 2003 begann die Sanierung. Zunächst unterschrieben 772 Beschäftigte Altersteilzeitverträge. Für viele Kollegen keine einfache Sache. »Plötzlich ist man schon mittendrin in der letzten Lebensphase und muss seine Perspektive verändern«, beschreibt Betriebsrat und Altersteilzeiter Horst Meyerholz das Gefühl vieler Altersteilzeiter. So war es auch nicht für alle älteren Mitarbeiter ein Trost, dass die jüngeren Mitarbeiter bleiben konnten.

Nicht nur die älteren Beschäftigten trugen ihren Teil zum Sanierungskonzept bei. Die gesamte Belegschaft musste ein Jahr lang die Arbeitszeit um 1,3 Stunden pro Woche senken. Alle machten mit, vom Manager bis zum »Malocher«. Vier Prozent Lohn fehlten anschließend im Portemonnaie. Schlecht für die Beschäftigten, gut für die Sanierung.

Es folgte ein weiterer komplizierter Teil der Betriebsvereinbarung: Die Beteiligung der Belegschaft am Sanierungskonzept. 64 Unternehmenseinheiten – von

der Personalabteilung bis zum Hochofen – sollten durchleuchtet werden. Im Normalfall eine Aufgabe des Managements und der Unternehmensberater. Anders in Bremen: »Solch eine massive Sanierung muss gemeinsam mit den Beschäftigten gemacht werden. Anders hätte es niemals funktioniert«, ist sich Breidbach sicher. Der Betriebsrat entwickelte zusammen mit der Sozialforschungsstelle Dortmund einen Prozess, der von Anfang an alle Beschäftigten informierte und sogar ein Veto-Recht einräumte. »Die Resonanz war unglaublich«, freute sich Betriebsrat Hering, »Es wurden 18 000 Verbesserungsvorschläge von der Belegschaft vorgelegt, die in Maßnahmen einfließen.«

Seither werden diese Vorschläge in die Praxis umgesetzt. Ein Prozess, der nicht nur wegen zahlreicher Lenkungsausschüsse, begleitender Arbeitsgruppen und Informationsveranstaltungen den Betriebsrat an die Grenzen seiner Kräfte brachte. Der Prozess



Stahlbranche: Derzeit wieder im Boom

brachte auch viele Schwächen bei Produktionsabläufen und des Managements ans Licht. So war das mittlere Management mit der offenen Kommunikation und Mitbestimmung zum Teil überfordert.

Gerade die Stahlindustrie gehört zu den Branchen, in denen noch sehr traditionell geführt wird. Befehle kommen von oben und werden von »denen unten« ausgeführt. »Mit dem Sanierungsplan wurde plötzlich ein offener Dialog gewünscht. Daran mussten sich alle erst einmal gewöhnen«, weiß Hering. Ein weiterer positiver Effekt der Mitbestimmung: Künftig soll es eine verbesserte Führungskräfteentwicklung geben, beschloss die Werksleitung. Es wurde außerdem eine Strategie-Kommission gegründet, die sich aus der Geschäftsleitung sowie sechs Betriebsräten zusammensetzt. In wöchentlichen Sitzungen besprechen sie Fragen zur Standortsicherung und -entwicklung.

Bis zum Jahr 2006 läuft der FIT-Plan in Bremen. Ursprünglich sollten jährlich 130 Millionen Euro eingespart werden. Das Ziel wurde weit übertroffen. Das von der Belegschaft getragene Konzept spart jetzt jährlich 170 Millionen Euro ein. »Uns kommt allerdings zugute, dass es in der Stahlbranche derzeit boomt«, fügt Betriebsratsvorsitzender Breidbach bescheiden hinzu.

Doch wie steht es um den Stellenabbau? Konnten tatsächlich Kündigungen verhindert werden? Das Herzstück dieses Bereichs der Sanierung ist das Einsatz- und Entwicklungszentrum (EEC). Eine Art internes Arbeitsamt. Rund 400 Beschäftigte, die weiterhin ihr Gehalt vom Stahlwerk beziehen, nutzen derzeit das EEC. Ziel ist es, die Be-

Betriebsratsvorsitzender Michael Breidbach (rechts): »Sanierung geht auch ohne Kündigung«

schäftigten, die nicht mehr ihre alte Stellen besitzen, für andere Aufgaben einzusetzen. Eine Herausforderung für Management, Organisation und die Mitarbeiter des EEC. »Wir sind selbst überrascht, wie gut es läuft«, sagt Günter Zittlau, Betriebsrat und Mitglied des Personalentwicklungs-Kern-Teams.

Außerdem findet in Bremen ein gegenläufiger Trend zur üblichen Praxis statt: Statt Tätigkeiten auszulagern, wurden zahlreiche Bereiche wieder ins Stahlwerk zurückgeholt. Darunter der Werkschutz, Verpackung, Ausbildung sowie die Eisenbahn. »Weil viele Beschäftigte in für sie neuen Bereichen arbeiten, gibt es einen hohen Qualifizierungsbedarf. Doch das tut der Motivation keinen Abbruch«, weiß Betriebsratsvorsitzender Breidbach.

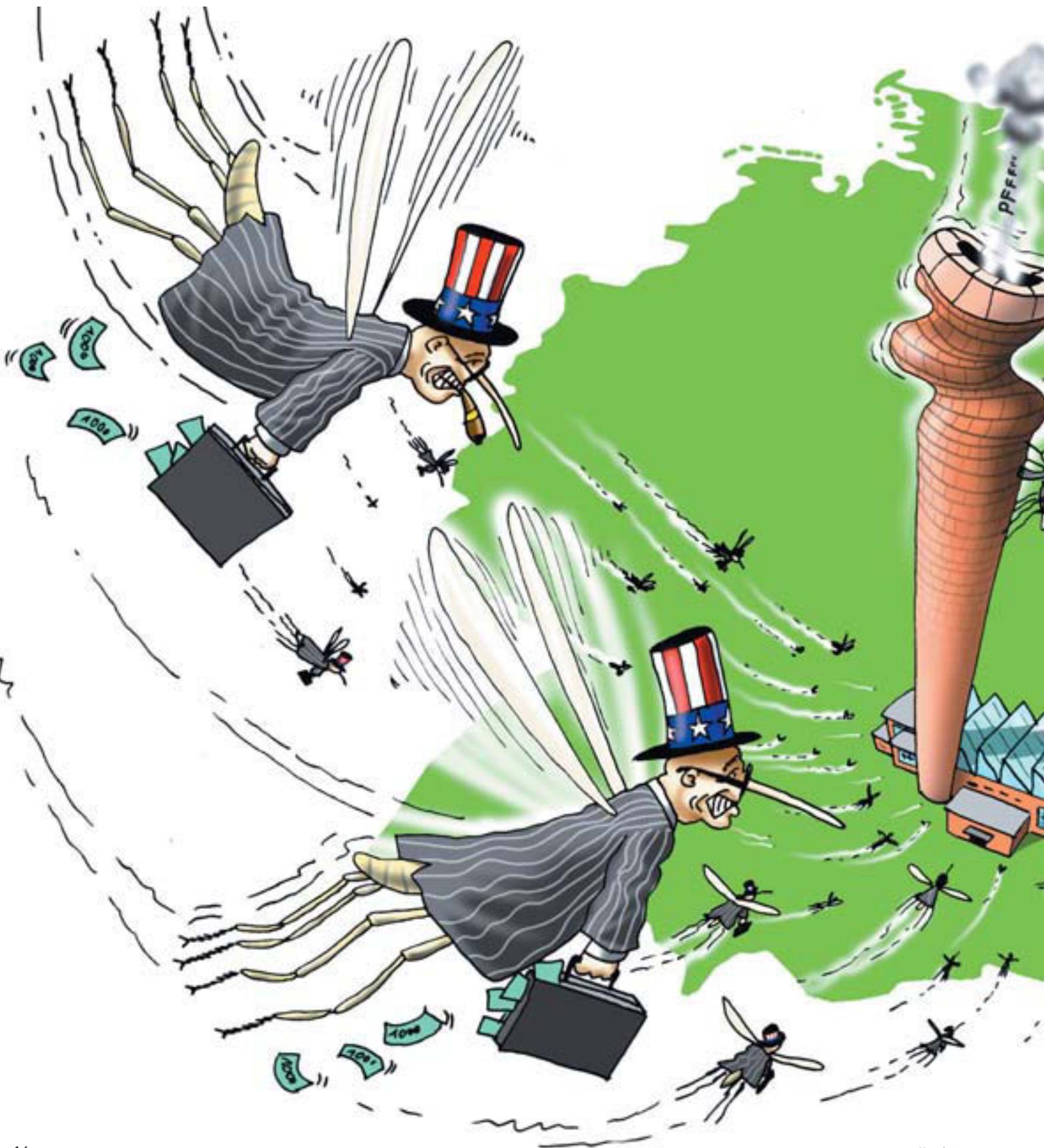
Rund zwei Jahre dauert der Sanierungsprozess in Bremen bereits. Klar gibt es immer wieder auch kritische Stimmen. »Einige halten uns für Verräter. Sie glauben, wir hätten mit dem Vorstand zu stark kooperiert«, gibt Breidbach zu bedenken. Doch für ihn steht fest: Ohne mitbestimmte Sanierung gäbe es den Stahlstandort Bremen heute nicht mehr.

Für den Betriebsrat ist mit dem Ende vom FIT-Programm im Jahr 2006 noch lange nicht Schluss. »Wir bleiben gefordert. Denn jetzt haben die Beschäftigten ja Lunte gerochen. Sie haben persönlich erfahren, wie viel es bringt, wenn sie mitbestimmen dürfen über die Abläufe im Werk, über die Qualifizierung und über die Qualität ihrer Arbeit. Nun müssen wir auch den Arbeitgeber überzeugen, diesen Weg auch nach FIT weiterzugehen«, freut sich Breidbach. Nicht nur in Krisen zahlt sich Mitbestimmung aus, sondern auch in wirtschaftlich stabilen Zeiten. Mit einem Augenzwinkern fügt Breidbach hinzu: »Mitbestimmung heißt auch Mitverantwortung.«

Susanne Rohmund



Die Plünderer



sind da

Blackstone, KKR, Investcorp – Finanzinvestoren aus Amerika schlachten deutsche Unternehmen aus. Sie kaufen die Firmen, um sie kurz darauf mit Gewinn weiter zu veräußern. Rücksicht auf Menschen, Regionen oder Traditionen nehmen die amerikanischen Finanziere nicht. Wie Mücken saugen sie aus den Betrieben das Geld, um dann nach dem gleichen Muster weiter zu schwärmen. Leidtragende sind die Menschen.

nehmen in Deutschland wurden in den letzten Jahren von solchen Finanzinvestoren aufgekauft und teilweise schon wieder verkauft. Tausende von Arbeitsplätzen gehen verloren. Bundestagsparteien, Medien und Arbeitgeberverbände scheinen keine größere Sorge zu haben als in Deutschland neue Arbeitsplätze zu schaffen. Trotzdem geht das Treiben der Finanzinvestoren bisher unkommentiert und problemlos über die Bühne.

Kurzer Verwertungszyklus und sehr hohe Renditen

Die Finanzinvestoren beschaffen sich Kapital von Anlegerfonds, Unternehmensstiftungen und reichen Individuen. Thomas Middelhoff, ehemaliger Bertelsmann-Vorstandsvorsitzender, heute Aufsichtsratsvorsitzender von Karstadt-Quelle, kennt sich in dem Geschäft bestens aus. Er ist auch Mitinhaber und Europa-Chef des Finanzinvestors Investcorp. Der wurde 1982 in Bahrain gegründet und hat seinen Sitz in London. In den Golfstaaten gibt es viele Leute, die viel Geld mit Öl verdient haben. Sie kaufen sich über einen Fonds von Middelhoffs Investcorp in die Unternehmen ein: »Jeder der 20 bis 40 Investoren beteiligt sich mit fünf bis zehn Millionen Euro.«

Für den Kauf sind nur Top-Unternehmen des gehobenen Mittelstands interessant: Sie sind nicht börsennotiert, haben einen Wert ab 100 Millionen Euro und sind bereits profitabel. Sie sollen das Potential haben, zur Spitzengruppe ihrer Branche aufzuschließen oder zum Marktführer zu werden. Die Finanzinvestoren wollen eine Rendite, die höher ist als bei anderen Formen der Kapitalverwertung. Dazu soll auch die »Steueroptimierung« beitragen: Regelmäßig wird in der Finanzoase Luxemburg eine Holding gegründet. Die bisher öffentlich genannten

Renditen liegen zwischen 15 Prozent und 40 Prozent pro Jahr. Hier wird also kein Gürtel enger geschnallt, im Gegenteil. Middelhoff nennt als bisherigen Erfahrungswert bei Investcorp eine »durchschnittliche jährliche Rendite von 25 Prozent«.

DENISON Hydraulics

Denison-Hydraulics

Das Muster ist immer gleich

Mitte 2003 kaufte der Parker-Hannifin-Konzern mit Sitz in den USA die Hildener Firma Denison Hydraulics (ehemals Hildener Maschinenfabrik) für 200 Millionen Dollar. Eine gesunde Firma, die volle Auftragsbücher hat und jedes Jahr schwarze Zahlen schreibt. Die 194 Beschäftigten bekamen im vergangenen Jahr noch eine zusätzliche Prämie von 260 Euro, weil das Geschäftsjahr so gut verlaufen war. Doch im Februar 2005 war davon keine Rede mehr. Die Geschäftsführung teilte mit, zum Jahresende 2006 werde der Betrieb geschlossen. Von mangelnder Produktivität wurde geredet und davon, dass das Werk unrentabel sei. Das ist immer das gleiche Muster.

Für den Betriebsratsvorsitzenden Horst Tefke ist diese Entscheidung aus heiterem Himmel »eine soziale Kahlschlagpolitik«, die Belegschaft und IG Metall nicht hinnehmen wollen. Die IG Metall Remscheid-Solingen forderte den US-Konzern auf, diese »asoziale und menschenverachtende Entscheidung« zurückzunehmen und eine Lösung für die Zukunft zu finden. ◀

Sie haben unscheinbare Namen: Blackstone, KKR, Carlyle, Lone Star, Terra Firma, Apax, Cinven, Investcorp, Permira. So nennen sich »Finanzinvestoren« in New York, Houston und London. Man kennt sie kaum, aber sie haben eines gemeinsam: viel, viel Geld. Und mit diesem Geld krepeln sie die deutsche Wirtschaft um. Sie kaufen Unternehmen auf, »verschlanken« sie und verkaufen sie nach kurzer Zeit wieder oder verwandeln sie in Aktiengesellschaften – mit hohem Gewinn.

Siemens-Nixdorf, Telenorma, MTU, Gerresheimer Glas, Dynamit Nobel, Rodenstock, Celanese, Minimax, Demag, ATU Autoteile Unger, Debitel, Tank & Rast, Duales System Deutschland: Diese und viele andere Unter-

Die Investoren unterwerfen das Unternehmen einem kurzen »Verwertungszyklus« von drei bis fünf Jahren. Dabei geht es vor allem um »Kostensenkung«: Entlassungen, Lohnsenkung, Mehrarbeit bei gleichem Lohn, vermehrter Einsatz von Leiharbeitern. Ende 2002 verzichteten Beschäftigte von Tenovis – das ist das ehemalige Unternehmen Telenorma, kurz zuvor vom Finanzinvestor KKR aufgekauft – auf 12,5 Prozent Lohn. Im Gegenzug versprach die Geschäftsleitung, die Arbeitsplätze mindestens für das Jahr 2003 zu erhalten. Sieben Monate später, nach der Rückkehr aus dem Sommerurlaub, fand sich ein Teil der Beschäftigten entlassen. Von ehemals 8000 Beschäftigten arbeiteten im Frühjahr 2004 noch etwa 4500 bei Tenovis.

Das Topmanagement zu Miteigentümern machen

Für seinen rabiaten »Verwertungszyklus« braucht der Finanzinvestor Verbündete. Die bisherigen Geschäftsführer und Bereichslei-

ter werden mit etwa fünf Prozent am Unternehmen beteiligt. Bei Tenovis beteiligte der Finanzinvestor KKR 70 Manager als Anteilseigner. Sie gelten als »Unternehmer im Unternehmen«. Wenn sie zum Kauf der Gesellschaftsanteile nicht genügend Geld haben, erhalten sie vom Finanzinvestor günstige Kredite. Hohe Gehälter und Erfolgsprämien für die Umsetzung der sozialen Grausamkeiten gibt es sowieso.

Eine einfache Faustregel lautet: Der Kaufpreis muss möglichst unter dem Firmenwert liegen und sich somit letztlich selbst finanzieren. Es werden nur Unternehmen gekauft, die keine Aktiengesellschaften sind. Deshalb kann der Firmenwert leicht manipuliert werden. Veröffentlichte Bilanz, Börsenaufsicht, Aktionäre, Kartellbehörden – alles nicht vorhanden. Wenn das Topmanagement schon mal geködert ist, kann der Finanzinvestor den Kaufpreis schön niedrig aushandeln. So zahlte KKR für das Versorgungsunternehmen Duales System Deutschland (DSD) 807 Millionen Euro, während der Wert bei mindestens 836 Millionen Euro lag, wahrscheinlich sogar mehr als 100 Millionen Euro über diesem Wert.

Mit Tricks das Kapital herausziehen

Dazu kommen weitere Tricks, um das aufgekaufte Unternehmen finanziell auszusaugen. Nachdem KKR Bosch Telecom/Telenorma gekauft und in Tenovis umbenannt hatte, gründete der Investor auf der Kanalinsel Jersey die Tenovis Finance Limited. Bei dieser nahm die Tenovis GmbH & Co KG, Frankfurt, einen Kredit über 300 Millionen Euro

Wie Mücken saugen die amerikanischen Finanzinvestoren die deutschen Firmen aus



Linde Kältetechnik

Billigere Arbeit in Tschechien

Am 1. Oktober 2004 verkaufte die Linde AG in Wiesbaden ihre Tochter Linde Kältetechnik in Mainz-Kostheim und Köln an den amerikanischen UTC-Konzern. Kaufpreis 330 Millionen Euro. Im Februar dieses Jahres wurden Aufsichtsrat und Gesamtbetriebsratsausschuss von »umfangreichen Restrukturierungsmaßnahmen in Deutschland« unterrichtet. Dies würde in den kommenden zwei Jahren zu einem Verlust von 1300 Arbeitsplätzen führen.

Die Lindekältetechnik ist seit Jahren in Europa Marktführer. Aber in Tschechien ist die Arbeit billiger als in Mainz-Kostheim und Köln. Deswegen können die Amerikaner ihr Geld nicht schnell genug wieder reinbekommen. Selbst eine 42-Stunden-Woche, der Verzicht auf Urlaubs- und Weihnachtsgeld und weiteres würden nicht reichen, um die Arbeitsplätze in Deutschland zu halten. IG Metall und Betriebsrat wollen den Kahlschlag verhindern und für den Erhalt der Standorte kämpfen. ◀

auf. Das Geld stammte aus der Platzierung einer Anleihe der Tenovis Finance. Für den Kredit verpfändete die Tenovis GmbH 50 000 Miet- und Wartungsverträge. Den Kredit wiederum lieh die Tenovis GmbH ihrem rechtlichen Eigentümer, der Tenovis Germany GmbH. Diese Briefkastenfirma gehört dem Finanzinvestor KKR. Sie löst damit die Bankschulden ab. Durch die Tilgungspflicht bis 2007 werden der Tenovis GmbH gewaltige Mittel entzogen. Für den 300-Millionen-Kredit sah die Tenovis bisher keinen Cent Zinsen. Auch 50 Millionen Euro, die KKR für den Verkauf des Erbbaurechts am Frankfurter Firmengrundstück erhielt,



Die Statistik trügt: Unter dem Strich werden mehr Arbeitsplätze vernichtet als neue geschaffen.



Illustrationen:
Silvan Wegmann

flossen nicht an die Tenovis. Stattdessen zahlt Tenovis nun statt eines jährlichen Erbbauzinses von zwei Millionen Euro etwa sechs Millionen Euro Miete an die Tenovis Germany, also an KKR. Des Weiteren schickte KKR eigene Berater, die zweistellige Millionen-Honorare erhielten. Für Bank- und Kreditprovisionen sicherte sich KKR über die Jersey-Tochter Tenovis Finance weitere elf Millionen Euro.

Schon während des Verwertungszyklus wird ein möglichst hoher Gewinn auch direkt abgeschöpft. KKR und Goldman Sachs kauften 1999 insgesamt 90 Prozent der Anteile an Siemens Nixdorf. Im Frühjahr 2004 ließen sich die beiden Finanzinvestoren 160 Millionen Euro auszahlen »als eine Art Dividende für die vergangenen vier Jahre.«

Nach drei bis fünf Jahren hat der Finanzinvestor zwei Möglichkeiten für sein Ausscheiden (»Exit«): Entweder er verkauft das Unternehmen zu einem wesentlich höheren Preis als den Kaufpreis. Oder er bringt es an die Börse. Beim Börsengang bleibt der Fi-

nanzinvestor zunächst oft selbst Hauptaktionär, zum Beispiel mit 30 bis 40 Prozent der Aktien. Bei Wincor Nixdorf sah der Börsengang so aus: Für die sieben Millionen Aktien wurden etwa 350 Millionen Euro eingenommen. Davon flossen nur 125 Millionen an Wincor Nixdorf selbst. Der »Rest« von 225 Millionen ging an die Investoren. Das war aber noch nicht der Gesamtgewinn. Denn die Investoren behielten zunächst 36 Prozent der Anteile. Diese 5,56 Millionen Aktien brachten beim Verkauf im Januar 2005 noch einmal etwa 300 Millionen Euro.

Investitionen ohne Arbeitsplätze

Die Finanzinvestoren sind seit der »Steuerreform 2000« aktiv: Seitdem sind die Erlöse aus Firmenverkäufen steuerfrei. Die Finanz-

investoren zielen auf den schnellen Superprofit. Sie zehren die vorhandene betriebliche Substanz aus, insbesondere in guten mittelständischen Unternehmen. Sie vernichten Arbeitsplätze. Sie senken die Einkommen der verbleibenden Beschäftigten. Sie entziehen dem Staat Steuern. Unter den Beschäftigten herrscht ein Angstregime. Betriebsräte, die sich Medien gegenüber kritisch äußern, werden wegen Geschäftsschädigung gnadenlos verfolgt.

Die Wirtschaftslobby behauptet öffentlich, dass Investitionen neue Arbeitsplätze schaffen. Doch der immer mehr geförderte Investitionstyp bewirkt das Gegenteil. Intern weiß man das natürlich. »Die Statistik trügt«, stellte das »Handelsblatt« fest. »Der steile Anstieg der Investitionen ist durch Fusionen und Firmenübernahmen geprägt. Und die haben unterm Strich mehr Arbeitsplätze vernichtet als neue geschaffen.« ◀

Werner Rügemeier, Köln, Publizist, Lehrbeauftragter an der Universität Köln

Arbeitsgelegenheit SGB II

Vechta, Vollzeit, Stellenprofil: Computergestützte Archivierung von Akten und Internetrecherchen für die Schuldnerberatung, Branche: Sonstige soziale Beratungsstellen, Arbeitsort: Vechta, Arbeitszeit: Vollzeit Teilzeit vormittags, nachmittags n. Absprache, Verdienst: 1,50/Std, Beginn: 1. 4. 2005, Befristet: bis sechs Monate – 30. 9. 2005, Qualifikation: Kräfte mit Fachkenntnissen mit oder ohne Berufserfahrung, Alter: egal, Kontakt: Auskunft erteilt:

eingeschickt von Andreas Stief, Bersenbrück

Suche Restaurant für ein Spargel-Essen.

für das die Spargelstecher nicht bei einem Monatslohn von 827.20 € (5.17 € x 8 Stunden x 20 Tage) ausgebeutet werden. Zahle f.d. Spargel-Essen gern den angemessenen Preis.

Bürokräft gesucht

vorzugsweise Frau, Oberklärb (400-C-Bau)

Flexibilität in der Arbeitzeiteinteilung ist unbedingt erforderlich, da Sie an den vereinbarten Arbeitstagen jederzeit abrufbereit sein müssen. Wochenend-Dienst im 2-Wochen-Rhythmus.

Sicheres Auftreten, gepflegtes Äußeres, eine mindestens 2-jährige Berufserfahrung und damit verbunden sehr gute Word- und Excel-Kenntnisse sind ein absolutes Muß. Führerscheinklasse 3 und sehr gute Fahrpraxis setzen wir ebenfalls voraus. Die Möglichkeit einer späteren Vollzeitbeschäftigung besteht.

Bewerbungen mit Lichtbild bitte an Chiffre Nr. 51227 an diese Zeitung.

Wissenschaftliche Berufe

Autorin sucht für ein Fachbuch eine/n präzise und schnell arbeitende/n, sehr zuverlässige/n Mitarbeiter/in f. Bib.recherche m. sehr guten Sprachkenntnissen in Deutsch, Engl., Italien., Japan., mögl. für Übersetzungen. Zum Anfang 36 Std./Woche für 300,- Euro/Monat, bei Eignung wird eine langjährige, feste Zusammenarbeit angestrebt, auch als Praktikum möglich.

Morgenpost, 10445 Berlin, eingeschickt von Uwe Langschwager, Berlin

Unverschämtes, Merkwürdiges, Kurioses – gefunden von metall-Leserinnen und -Lesern. Jede Veröffentlichung wird mit 25 Euro honoriert (bitte Kontonummer angeben). Schicken an: metall-Redaktion, Wilhelm-Leuschner-Straße 79, 60329 Frankfurt am Main



KOLLEGE KARL



Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung

Schere klafft weiter auseinander

Die Bundesregierung legte im März ihren zweiten Armut- und Reichtumsbericht vor. Die Schere in der Bundesrepublik zwischen Arm und Reich ist weiter auseinander geklafft. Betroffen sind vor allem Familien mit Kindern, Rentner und ältere Arbeitslose.

Barbara Stolterfoth, Präsidentin der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtsverbände, sieht einen »dringenden« Handlungsbedarf bei älteren Arbeitslosen, Rentnern und Migranten. »Alle Maßnahmen, die die Bundesregierung eingeleitet hat, sind im Schatten der hohen Arbeitslosigkeit und der siechenden Wirtschaft untergegangen«, stellte sie fest. 2003 waren 1,3 Millionen Kinder auf Sozialhilfe angewiesen. Durch Arbeitsplatzverlust steige die Verschuldung. Dennoch sei »wachsendes Vermögen« in der Bundesrepublik zu beobachten, das sich in wenigen Händen konzentriere. »Zehn Prozent der Haushalte besitzen 47 Prozent des Vermögens. Und wir leisten uns die Abschaffung der Vermögenssteuer.«

Stolterfoth ist alarmiert: In keinem OECD-Land sind Schulbesuch und Bildungsstand so abhängig von Geldbeutel und sozialer Stellung der Eltern wie in der Bundesrepublik. »Die Förderung muss in den Schulen passieren, möglichst schon früher in Kindergarten und Hort«, sagte Stolterfoth.

Ein weiterer Kritikpunkt: Hartz IV. So würden die Mini-Jobs Frauenarmut im Alter »produzieren«. Durch Hartz IV werde die Armut »nicht vermindert, sondern vermehrt«. Nach Berechnungen der freien Wohlfahrtspflege sind die Hartz-IV-Regelsätze um 19,3 Prozent zu niedrig: »Sie schützen nicht vor Armut.«

Für Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD), in deren Haus der Bericht erstellt wurde, ist die Zunahme des Ar-



Sozialwohnung in Rheinland-Pfalz: Zusammenhang zwischen Armut und Bildung

mutsrisikos von 12,1 auf 13,5 Prozent gestiegen. Die Armutsriskiken sind für sie schlechte Bildung, schlechte oder keine Berufsausbildung und viele Kinder. »Die Politik kann nur die Rahmenbedingungen gestalten«, sagte sie.

Deshalb sind in dem Bericht keine wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Strategien zur Bekämpfung von Armut aufgeführt. Die Armut soll mit einer politischen Strategie der »Aktivierung« der Betroffenen bekämpft werden. Dies soll auf der Grundlage der Agenda 2010 geschehen.

Der Bericht gibt keinen Anlass zur Entwarnung. Denn die Kluft zwischen Arm und Reich ist in den letzten Jahren weiter gewachsen und hat bereits gesellschaft-

lich problematische Ausmaße erreicht. Die im Bericht vorhandenen Ausführungen auf das Konzept der »Teilhabegerechtigkeit« vernachlässigt, dass auch eine Verteilungsgerechtigkeit notwendig ist. So legt der Bericht neue Bedrückungen für die schwächsten der Gesellschaft nahe. Das bedeutet, Armut nicht wirksam zu bekämpfen, sondern die betroffenen Menschen in ihrer Würde nur noch tiefer zu verletzen und neue Armut zu schaffen.

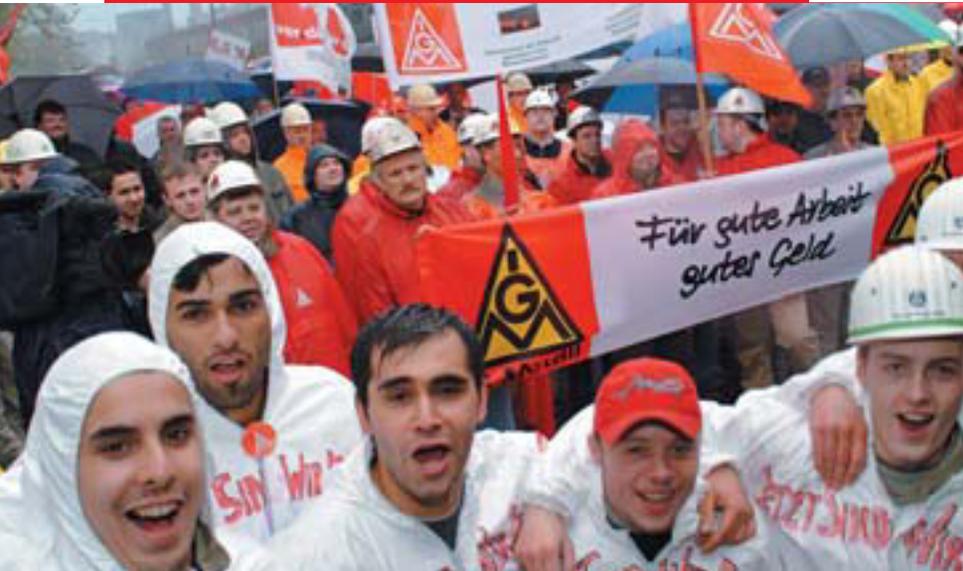
Für die IG Metall macht der Bericht deutlich, dass die Wirtschafts- und Finanzpolitik dazu beitragen muss, Arbeitslosigkeit zu verringern und Beschäftigung zu steigern. Um die Nachfrage anzuregen, Wachstum zu erzeugen und mehr Arbeitsplätze zu schaffen, muss die Binnen-

kaufkraft gestärkt werden. Höhere Löhne und Sozialeinkommen sind hierzu ebenso ein Beitrag wie die Stärkung der öffentlichen Nachfrage.

Die IG Metall hält den Auf- und Ausbau der Kinderbetreuung und Ganztagschulen für entscheidend, um die soziale Lage Alleinerziehender sowie eine stärkere Vereinbarkeit von Familie und Beruf für beide Geschlechter deutlich zu verbessern. Auch die so genannte Bildungsoffensive der Bundesregierung erweist sich als unzureichend, um Ausbildungsmangel und Weiterbildungsmängel wirklich zu überwinden. Das gilt auch für den »Nationalen Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland«, der die beruflichen Chancen für die Jugendlichen weiterhin im Belieben der Unternehmen lässt. ◀

Werner Hoffmann

Stahlindustrie



Warnstreik in Duisburg: »Für gute Arbeit gutes Geld«

Stahltarifrunde West Arbeitgeber stellen Machtfrage

In der Stahlindustrie von Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Bremen bahnt sich ein Tarifkonflikt an. Auch in der vierten Verhandlung am 20. April legten die Arbeitgeber kein verbessertes Angebot auf den Tisch. Es lautet

immer noch: 1,9 Prozent mehr Lohn für 19 Monate plus eine Einmalzahlung von 500 Euro.

Das ist für die IG Metall kein verhandlungsfähiges Angebot. Sie fordert 6,5 Prozent mehr Lohn für zwölf Monate. Denn

die Gewinnerwartungen der Konzerne für 2005 übersteigen sogar die Gewinne des Rekordjahres 2004. Für Uli Kimpel, Sprecher der IG Metall-Bezirks Nordrhein-Westfalen und Verhandlungsführer Detlef Wetzel jedoch nicht: »Die Sache läuft auf Konflikt.«

Dafür spricht einiges. Die Arbeitgeber geben deutlich zu erkennen, dass sie eine Trendwende in der Tarifpolitik durchsetzen wollen: Der Zusammenhang von Gewinnen einerseits, Tarifierhöhungen andererseits soll aufgelöst werden. Wenn die Konjunktur brummt, sollen die Beschäftigten dafür mit einer Einmalzahlung abgespeist werden. Und sich ansonsten mit einer niedrigen Prozentzahl zufrieden geben. Die Stahltarifrunde West wird zu einem Politikum. ◀

»ein Schlag ins Gesicht der Beschäftigten«. Jetzt müsse ihnen klar gemacht werden, »dass wir es ernst meinen.« Das geschieht auch. Nach den Warnstreiks am 19. und 20. April, an denen mehr als 19 000 Stahlkocher aus 48 Betrieben teilgenommen haben, rollte Ende April die zweite Warnstreikwelle. Alle Betriebsräte haben die Gespräche mit den Werksleitun-

gen über Kostensenkungsprogramme auf Eis gelegt. Noch besteht eine Chance, ein Ergebnis am Verhandlungstisch zu erzielen. Die fünfte Runde findet am 3. Mai in Gelsenkirchen statt. Viel Hoffnung hat der Leiter des IG Metall-Bezirks Nordrhein-Westfalen und Verhandlungsführer Detlef Wetzel jedoch nicht: »Die Sache läuft auf Konflikt.«

Dafür spricht einiges. Die Arbeitgeber geben deutlich zu erkennen, dass sie eine Trendwende in der Tarifpolitik durchsetzen wollen: Der Zusammenhang von Gewinnen einerseits, Tarifierhöhungen andererseits soll aufgelöst werden.

Wenn die Konjunktur brummt, sollen die Beschäftigten dafür mit einer Einmalzahlung abgespeist werden. Und sich ansonsten mit einer niedrigen Prozentzahl zufrieden geben.

Die Stahltarifrunde West wird zu einem Politikum. ◀

Impressum

metall Das Monatsmagazin der IG Metall
Herausgeber: Jürgen Peters, Berthold Huber, Bertin Eichler
Anschrift: metall-Redaktion
Wilhelm-Leuschner-Straße 79
60329 Frankfurt am Main
Telefon 069-6693-2445, Fax 069-6693-2000
E-Mail: metall-redaktion@igmetall.de
Redaktionsleiter: Werner Hoffmann
(verantwortlich im Sinne des Presserechts)
Chefin vom Dienst: Susanne Rohmund
Redaktion: Fritz Arndt, Sylvia Koppelberg,
Antonela Pelivan, Gabriele Prein,
Gestaltung: Gudrun Wichelhaus
Fotorecherche: Michael Schinke
Sekretariat: Ellen Sander
Internet: www.igmetall.de/metall

Anzeigen: Petra Wedel
Telefon 061 51-81 27-0, Fax 061 51-89 30 98
E-Mail: wedel@zweiplus.de

Vertrieb: Reinhold Weißmann
Telefon 069-6693-2224, Fax 069-6693-2538
E-Mail: vertrieb@igmetall.de

metall erscheint monatlich (zehn Mal im Jahr). Für Mitglieder der IG Metall ist der Bezug im Beitrag enthalten.
Druck: APM AG, Kleyerstraße 3, 64259 Darmstadt.

Für Sehbehinderte

► Angebot für sehbehinderte und blinde Mitglieder: metall als Word- oder pdf-Datei. Bestellung bei: edith.hackenberg@igmetall.de

ITK-Industrie

Gutachternetzwerk Ehrenamtliche gesucht

Am 19. und 20. Mai findet die Tagung des Gutachternetzwerks Ingenieurwissenschaften und Informatik in Göttingen statt. Schwerpunkt der vierten Tagung liegt im Erfahrungsaustausch und der Weiterentwicklung der Positionen im Akkreditierungsprozess.

Zur Zeit sind an deutschen Fachhochschulen und Universitäten rund 800 Bachelor- und Masterstudiengänge nach dem neuen Verfahren akkreditiert. Weitere 1 200 Studierende sind in laufenden Verfahren. Die Studiengänge der Ingenieurwissenschaften und Informatik, die für die IG Metall einen besonderen Stellenwert haben, bilden dabei eine der größten Gruppen.

Die Arbeit im Gutachternetzwerk verbindet seit September 2003 engagierte Gewerkschaftsmitglieder, betriebliche Kolleginnen und Kollegen, Wissenschaftler und Studierende der drei großen Gewerkschaften und der Hans-Böckler-Stiftung.

Insbesondere ehrenamtliche Kolleginnen und Kollegen sollen motiviert werden, für die Gewerkschaften als Vertreter an den Verfahren teilzunehmen. Sie bringen Berufspraxis und gewerkschaftliche Standpunkte in die Akkreditierung – für eine Studienreform im Sinne von Studierenden beziehungsweise zukünftigen Arbeitnehmern.

Das vierte Netzwerktreffen soll dem Erfahrungsaustausch dienen und die gemeinsame inhaltliche Arbeit vertiefen. Daraus ableitend werden gemeinsame

Standpunkte für die weitere Arbeit diskutiert.

Eingeladen sind alle Kolleginnen und Kollegen, die im Netzwerk bereits mitarbeiten oder mitarbeiten wollen. Neueinsteiger sind willkommen. Sie haben die Gelegenheit, sich ins Thema einzuarbeiten.

Die Anmeldung zur Tagung erfolgt über den Verein Arbeit, Bildung und Forschung, Kollegin Christiane Liebing, Telefon 030/8385-1150, Telefax 030 - 8385-1153, E-Mail: abf@abfev.de ◀

i Mehr Infos sowie eine aktuelle Arbeitshilfe »Berufspraxis in den neuen Studiengängen« im Internet unter: www.gutachternetzwerk.de

ITK-Industrie

IBM, Schweinfurt
Standort in Gefahr

»Diese Entwicklung ist mehr als bedauerlich«, schimpft Peter Kippes, Sekretär bei der IG Metall in Schweinfurt. Trotz heftiger Proteste der IG Metall, plant der EDV-Dienstleister IBM den Standort in Schweinfurt Ende September zu schließen.

»Das Unternehmen ist nicht

auf unsere Vorschläge zum Erhalt des Standorts eingegangen«, ärgert sich Kippes. Mehr als die Hälfte der insgesamt rund 340 Beschäftigten in Schweinfurt haben mittlerweile leider einen Aufhebungsvertrag unterschrieben. Kippes: »Sie haben sich verführen lassen – das ist ärgerlich.«

Die IBM-Geschäftsleitung hat weder Bereitschaft noch Interesse an einer konstruktiven Lösung gezeigt. Betriebsrat, Gesamtbetriebsrat sowie die beiden Gewerkschaften IG Metall und Verdi machten in zahlreichen Verhandlungsrunden immer wieder Vorschläge mit dem Ziel: Standorterhalt.

Doch IBM blieb bisher stur. Für die IG Metall geht der Kampf um einen akzeptablen Interessenausgleich und Sozialplan jedoch weiter: Die Metallerinnen und Metaller bei IBM haben eine betriebliche Tarifkommission gewählt. Zur Zeit arbeiten die Kolleginnen und Kollegen einen konkreten Forderungskatalog aus, mit dem IBM dann zu Tarifverhandlungen aufgefordert wird. Im Einzelnen können höhere Abfindungen, Qualifizierungsmaßnahmen und eine zeitliche Streckung der geplanten Kündigungen gefordert werden.

Die IBM-Arbeitgeber in Schweinfurt befinden sich jetzt in einer offiziellen Tarifauseinandersetzung. »Wir stehen den Beschäftigten, die noch keinen Aufhebungsvertrag unterschrieben haben, natürlich mit der gleichen Energie zur Seite, wie

wir das in den vergangenen Wochen schon bewiesen haben«, sagt Kippes.

Der Starrsinn der Geschäftsleitung bedeutet aber auch, dass nun weitere, noch härtere Auseinandersetzungen folgen werden. »Warnstreiks, Urabstimmung und Streik – jetzt ist alles möglich«, warnt Kippes.

Mittlerweile steht auch fest, dass der IBM-Standort Hannover geschlossen und Teile der Produktion ins Ausland verlagert werden soll. ◀



Proteste bei IBM: Geschäftsleitung bleibt sturr

Anzeige

Bekleidungswirtschaft

International verwoben

Seit mehr als 20 Jahren schrumpft die deutsche Bekleidungswirtschaft. Durch Firmen wie Hugo Boss, Ahlers oder Gerry Weber hat die hiesige Bekleidungswirtschaft weiter eine Zukunft. Im Gegensatz zu vielen anderen Firmen in der EU.

Die Zahlen klingen gut: Im vergangenen Jahr steigerte der Modekonzern Hugo Boss aus dem schwäbischen Metzingen sein Nettoergebnis um sieben Prozent. Der Herforder Bekleidungs-multi Ahlers erhöhte seinen Jahresüberschuss sogar um fast 20 Prozent. Und auch bei dem ostwestfälischen Modeunternehmen Gerry Weber läuft es wie am Schnürchen: Für das erste Quartal 2005 meldet das Unternehmen ein Umsatzplus von über zehn Prozent.

Diese Zahlen sind auch für die Beschäftigten gute Nachrichten. Denn die 40 000 Arbeitnehmer in der Bekleidungswirtschaft haben harte Zeiten hinter sich. Kaum eine andere Branche in Deutschland schrumpfte so zusammen. Keine andere Branche bekam die Globalisierung so früh zu spüren wie die Textil- und Bekleidungsindustrie. Ob Türkei,

Vietnam, China, Bangladesch oder Mexiko: Produktionsstandorte wurden wie Normadenzelte von einem Standort zum anderen verlagert. Je nachdem, wo die Löhne am billigsten und die Ausfuhrquoten am höchsten sind.

Zumindest für die deutsche Bekleidungswirtschaft ist nach der Schrumpfkur nun Konsolidierung der Arbeitsplätze angesagt. »Mit der Liberalisierung der Weltmärkte werden unsere Chancen zunehmen, unser Exportgeschäft auszubauen, sei es mit direkten Ausfuhrungen oder mit der Produktion vor Ort«, weiß Josef A. Beckmann, Präsident des Gesamtverbands der deutschen Textil- und Modeindustrie. Will heißen: Die Branche ist für die Weltmärkte gut gerüstet. Beckmann ist voll des Lobs für die Kolleginnen und Kollegen in den Produktionsstätten: »Wir liefern weltweit anerkannte Qualitäts- und Spezialtextilien und auch die deutsche Mode findet außerhalb unserer Landesgrenzen genügend Bewunderer.« Der Anteil von in Deutschland gefertigten Bekleidungsstücken liegt zwar unter fünf Prozent. Aber im Bereich der Technischen Textilien (wie beispielsweise Pflaster, Schutzsichere Westen, spezielle Verbandstoffe) ist die Branche Weltmarktführer.

Während die deutschen Kolleginnen und Kollegen also vorerst einmal aufatmen können, sieht es bei unseren europäischen Nachbarn ganz anders aus. Ihnen sitzt die Konkurrenz aus Fernost im Nacken. Vor allem China. Denn seit Anfang des Jahres sind die seit fast 50 Jahren geltenden Einfuhrbeschränkungen der Industriestaaten für Tex-



Trevira in Guben: »Wir liefern weltweit anerkannte Textilien«

tilien nicht mehr gültig. Das Ende der Lieferquoten hat vor allem einen Gewinner: China. Die Volksrepublik wird voraussichtlich allein in diesem Jahr einen Anteil der jährlichen Textilimporte von 100 Milliarden Dollar erhalten. Ein Plus von 25 Prozent. Bislang bremsen die Quoten die Ausfuhrungen. Nun können die Chinesen mit billigster Ware ungehindert die Weltmärkte beliefern.

Die neue Situation betrifft alle Textilländer. Sogar die so genannten Billiglohnländer wie Kambodscha, Indonesien, Sri Lanka oder Bangladesch. »Wir sprechen hier von Ländern, deren Export zwischen 80 und 100 Prozent von der Branche abhängt. Das ganze ist ein Desaster«, sagt Manfred Schallmeyer, Weltpräsident der Internationalen Textil-, Bekleidungs- und Lederarbeiter-Vereinigung (ITBLAV), die über zehn Millionen Textilarbeiter in mehr als 100 Ländern vertritt. Das von der Tsunami-Flutwelle im Dezember 2004 besonders gebeutelte Indonesien könnte sogar eine Million Arbeitsplätze verlieren. »Wir erleben gerade riesige Verschiebungen von Marktanteilen«, betont Don Brasher, Präsident von Global Trade.



Adidas-Produktion in China: riesige Verschiebungen von Marktanteilen

i Mehr Informationen zum Thema Bekleidungswirtschaft und Textilindustrie gibt es im Brancheninfo. Per E-Mail zu bestellen bei: Rainer.Otto@igmetall.de



Anzeige _____

europäischen Gewerkschaftsverbands Textil, Bekleidung und Leder. Und auch der europäische Textil- und Bekleidungsverband Euratex malt ein dunkles Bild: Der Verband rechnet damit, dass in diesem Jahr täglich rund 1000 Betriebe geschlossen werden. Deshalb fordert Euratex in Brüssel die sofortige Aktivierung von »Safeguards« gegen China-Importe. Solche Safeguards, Schutzmaßnahmen, die bestimmte Produktkategorien von chinesischen Importen begrenzen sollen, fordert auch die amerikanische Textil- und Bekleidungsindustrie.

Aus der Not der europäischen und amerikanischen Industrie heraus hat nun die Jahrzehnte alte Forderung der IG Metall nach Einführung der Kernarbeitsnormen in die Bestimmungen des Welthandels neue Unterstützer gefunden. Gemeinsam fordern Arbeitgeber und Gewerkschaften weltweit, dass China end-

gültig die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) anerkennt und als Minimalstandard einführt. Denn nur so kann – vor allem für die Kolleginnen und Kollegen in China – ein fairer textiler Weltmarkt stattfinden und gewährleistet werden. ◀

Susanne Rohmund

Aber auch Europa wird den Wegfall der Quoten und die Stärke Chinas zu spüren bekommen. Vor allem die Türkei leidet, wo 40 Prozent der industriellen Produktion im Textilsektor erwirtschaftet werden. Von den EU-Ländern werden vor allem Portugal und Italien betroffen sein. Allein im Januar 2005 stiegen die chinesischen Exporte von Textilien und Bekleidung in die EU wertmäßig um rund 47 Prozent. Die chinesischen Exporte für Damenröcke und -blusen erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr beispielsweise um das Dreifache. Der Preiszerfall lag bei 41 Prozent.

Im vergangenen Jahr arbeiteten in den 25 Mitgliedstaaten der EU rund 2,6 Millionen Menschen in den Branchen Textil und Bekleidung. Betroffen vom Arbeitsplatzabbau werden auch die Länder Osteuropas sein. Zwar profitieren die Osteuropäer von der räumlichen Nähe. Allerdings punkten die chinesischen BekleidungsHersteller nicht nur mit niedrigen Löhnen, sondern auch mit einer hohen Produktivität. Laut einer McKinsey-Untersuchung erreicht ihre Produktivität bereits 55 Prozent des amerikanischen Niveaus.

Kein Wunder also, dass das Szenario düster ist. »Die chinesischen Praktiken haben in der Textil- und Bekleidungsindustrie der 25 EU-Staaten bereits im vergangenen Jahr zum Abbau von mehr als 165 000 Arbeitsplätzen geführt«, sagt Valeria Fedeli, Präsidentin des

Interview

»Die Karten werden neu gemischt«

metall sprach mit Rainer Otto, Ressortleiter Textil-Bekleidung beim IG Metall-Vorstand, über den Wegfall des Welttextilabkommens.



Foto: Michael Schinke

metall: Was bedeutet der Wegfall der Lieferquoten für den Welthandel?

Rainer Otto: Die Karten werden völlig neu gemischt. Seit fast 50 Jahren gab es ein feingewobenes Netz von

Einfuhrbeschränkungen der Industriestaaten für Textilien. Dies führte dazu, dass in vielen Entwicklungsländern, oft von asiatischen Firmen, Bekleidungsproduktion aufgebaut wurde, um die nationalen Lieferquoten auszunutzen. Diese Lieferbeschränkungen gibt es seit dem 1. Januar nicht mehr.

metall: Wie wirkt sich das auf Arbeitsplätze aus?

Otto: Katastrophal in den ärmsten Ländern. Beispielsweise in Bangladesch. Dort arbeiten zwei Millionen Frauen in der Bekleidungsindustrie. Jede zweite wird ihren Arbeitsplatz verlieren, da die Aufträge nach China verlagert werden, schätzt die Asiatische Entwicklungsbank (ADB).

metall: Was heißt das für die betroffenen Frauen?

Otto: Verelendung, da sie in diesem islamischen Land kaum eine andere Arbeit finden werden. Und von ihrer Arbeit hängen ganze Familien ab. Die ADB befürchtet, dass es zu sozialen Unruhen kommt.

metall: Warum geht die Produktion nach China?

Otto: China kann nicht nur mit niedrigsten Löhnen, sondern auch mit hoher Produktivität punkten. Nirgendwo auf der Welt sind Menschen- und Gewerkschaftsrechte so unterentwickelt wie in diesem kommunistischen Weltreich.

Zusätzlich gibt es keine Abhängigkeit von Importen textiler Vorprodukte und höchst moderne Maschinenparks. Jede zweite Textilmaschine, die in den letzten zehn Jahren gebaut wurde, produziert in China.

metall: Und bei uns?

Otto: Weniger als fünf Prozent der Bekleidung werden noch in Deutschland hergestellt. Dies sind hochwertigste Teile in Nischenproduktion. Deshalb werden viele dieser Arbeitsplätze eine Zukunft haben. ◀

Zuwanderungs- und Aufenthaltsgesetz

Aufenthalt sichern

Viele eingebürgerte Deutsche verstehen die Welt nicht mehr. Vor einigen Tagen haben sie von der Ausländerbehörde einen Brief erhalten. Darin wird ihnen mitgeteilt, dass sie nicht mehr im Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit seien. Von einem automatischen Verlust war die Rede und von einer Beibehaltungsgenehmigung, die sie nicht beantragt haben.

Grund: Nachdem die Personen in Deutschland eingebürgert waren, hatten sie sich wieder einen Pass aus ihrer »ehemaligen Heimat« ausstellen lassen. Denn die deutsche Staatsbürgerschaft wird in der Regel erst dann ausgestellt, wenn zuvor nachgewiesen wird, dass man aus der Staatsbürgerschaft des Herkunftslands entlassen wurde.

Doppelstaatler wieder »Ausländer«

Dieses Vorgehen ist kein Einzelfall. Hiervon sind alleine rund 50 000 Türken und viele andere Eingebürgerte aus anderen Nationen betroffen. Doch Deutsche oder so genannte Doppelstaatler, die ab dem 1. Januar 2000 eine ausländische Staatsangehörigkeit angenommen haben und sich den Erwerb oder Wiedererwerb der ausländischen Staatsbürgerschaft vorher nicht genehmigen lassen, verlieren ihre deutsche Staatsbürgerschaft.

Betroffene, die die deutsche Staatsangehörigkeit nach dieser Regelung verloren haben, sind im Sinne des neuen Zuwanderungsgesetzes wieder »Ausländer«. Sie brauchen für ihren Aufenthalt und die Erwerbstätigkeit einen Aufenthaltstitel nach



Viele Deutsch-Türken sind wieder »Ausländer«

Paragraf 38 Aufenthaltsgesetz. Ihre deutschen Reisepässe und Personalausweise werden eingezogen. Bürgerinnen und Bürger aus den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sind von den Regelungen des neuen Zuwanderungsgesetzes nicht betroffen.

Anträge bis 30. Juni 2005 stellen

Wegen des neuen Zuwanderungsgesetzes, das seit 1. Januar 2005 gültig ist, müssen Personen, die unter die Regelung fallen, bei einem weiterem Aufenthalt in Deutschland die Passpflicht erfüllen und einen Aufenthaltstitel besitzen. Die Anträge müssen bis 30. Juni diesen Jahres gestellt werden. Zusätzlich: die Ausländer- oder Einbürgerungsbehörden. Grundsätzlich gilt:

- ▶ Wer seinen Antrag fristgerecht stellt, hat einen Anspruch auf die Erteilung einer Niederlassungs- oder Aufenthaltserlaubnis.
- ▶ Wer bei dem Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit als Deutscher seit fünf Jahren seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Bundesgebiet hatte, erhält eine Niederlassungserlaubnis (Paragraf 38 Abs.1 Nr.1 Aufenthaltsgesetz).
- ▶ Wer bei dem Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit seit mindestens einem Jahr seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Bundesgebiet hatte, bekommt eine Aufenthaltserlaubnis (Paragraf 38 Abs.1 Nr.2 Aufenthaltsgesetz).
- ▶ Für ehemalige Deutsche, die aktuell die türkische Staatsangehörigkeit besitzen und

in Deutschland leben, kann ein Aufenthaltstitel eventuell auf Grundlage des Assoziationsratsbeschlusses 1/80 EWG-Türkei erteilt werden. Es gelten gesonderte Voraussetzungen (Arbeitnehmer oder Familienangehörige).

Betroffene sollten nicht abwarten, bis der Pass oder Personalausweis abläuft. Auf keinen Fall sollten sie ihren neuen oder wiedererworbenen Pass bei den Botschaften oder Konsulaten zurückgeben. Das kann eine Staatenlosigkeit zur Folge haben, da sie jetzt auch keine Deutschen mehr sind.

Frist nicht versäumen

Wer nach dem 30. Juni einen Antrag stellt, für den kommt Paragraf 38 Aufenthaltsgesetz nicht zur Anwendung. Es liegt dann kein Anspruch auf Erteilung eines Aufenthaltstitels nach dieser Vorschrift vor. Bei Klärung des Aufenthaltsrechts kann es dann zu Schwierigkeiten kommen. Weiterhin kann ein fehlender Aufenthaltstitel zum Verlust der Arbeitserlaubnis führen.

Erklärung zur Staatsangehörigkeit

In einigen Bundesländern sind in den letzten Wochen zahlreiche Personen von den Ausländerbehörden angeschrieben worden. Darin werden die Bürgerinnen und Bürger aufgefordert, eine »Erklärung zur Staatsangehörigkeit« zu unterschreiben.

Die IG Metall rät, zunächst bei den zuständigen Ausländerbehörden in Erfahrung zu bringen, ob tatsächlich ein Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit vorliegt. Erklärungen sollten erst nach einer ausführlichen Beratung unterschrieben werden.

Erneute Einbürgerung ist möglich

Eine erneute Einbürgerung in Deutschland ist möglich. Allerdings muss wieder nachgewiesen werden, dass die andere Staatsangehörigkeit aufgegeben wurde. Außerdem gelten die aktuellen rechtlichen Voraussetzungen – beispielsweise bezüglich Sprachkenntnissen und Sicherheitsüberprüfung. ◀

Antonela Pelivan

Weitere Infos

Mehr Infos – auch in türkischer Sprache – auf den Homepages des DGB, der Türkischen Gemeinde in Deutschland sowie des Bundesministeriums des Innern unter:

- ▶ www.dgb.de/themen/migration
- ▶ www.tgd.de
- ▶ www.bmi.bund.de
- ▶ www.einbuengerung.de

Urteile

Anzeige _____

Kündigungen

Eine Änderungskündigung setzt sich aus zwei Erklärungen zusammen. Neben der Kündigung muss ein Angebot zur Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses zu geänderten Bedingungen hinzukommen. Dieses Angebot muss eindeutig bestimmt, zumindest aber bestimmbar sein. Nach Paragraph 623 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) muss jede Kündigung – und damit auch eine Änderungskündigung – schriftlich erfolgen. Weitere geltende Vertragsbedingungen müssen nicht unbedingt schriftlich angegeben werden. Auch reicht es in Betrieben, in denen strikt nur nach Tarif bezahlt wird, aus, wenn in dem Änderungsangebot nur die veränderte Tätigkeit hinreichend klar bestimmt ist. Das nicht gesondert schriftlich ausgewiesene Entgelt ergibt sich dann aus dem Tarifvertrag.

**BAG – 2 AZR 628/03
vom 16. September 2004**

Kündigungen

Wenn ein Arbeitgeber den gesamten Betrieb stilllegen will, braucht er den Betriebsrat nicht über Alter, Betriebszugehörigkeit und Unterhaltspflichten nach Paragraph 102 BetrVG zu unterrichten.

**BAG – 2 AZR 329/03
vom 13. Mai 2004**

Zeitverträge

Ein befristeter Arbeitsvertrag zur Vertretung eines zeitweilig verhinderten Arbeitnehmers ist nach Paragraph 14 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 Teilzeit- und Befristungsgesetz gerechtfertigt, wenn der Arbeitgeber mit der Rückkehr des Stammarbeitnehmers rechnen durfte. Die Dauer der Befristung bedarf dabei keiner Rechtfertigung. Sie kann also kürzer sein als die Zeit, in der jemand vertreten werden muss.

**BAG – 7 AZR 654/03
vom 13. Oktober 2004**

Altersteilzeit

Wenn ein Arbeitnehmer in Altersteilzeit ständig arbeitsunfähig ist und darum seinen Resturlaub nicht mehr vor der Freistellungsphase nehmen kann, verfällt der Urlaub. Er muss auch nicht abgegolten werden. Das müsste er nur, wenn das Arbeitsverhältnis enden würde. Das ist aber bei Beginn der Blockfreizeit nicht der Fall.

**BAG – 9 AZR 143/04
vom 15. März 2005**

Krankenversicherung

Ist der Beitragssatz einer Krankenkasse nach einer Fusion von zwei Kassen höher als der Beitragssatz einer der beiden früheren Kassen, haben die Mitglieder, die vorher weniger zahlten, ein Sonderkündigungsrecht.

**Bundessozialgericht (BSG) –
B 12 KR 23/04 R
vom 2. Dezember 2004**

Arbeitslosengeld

Nimmt ein Arbeitsloser ein Angebot der Agentur für Arbeit nicht an, wird sein Arbeitslosengeld zwölf Wochen gesperrt. Dafür reicht es aus, dass er zu einem telefonisch vereinbarten Vorstellungstermin nicht erscheint. Vorausgesetzt, er ist schuld, dass es nicht zur Arbeitsaufnahme gekommen ist. Dabei muss er nicht vorsätzlich gehandelt haben. Es genügt einfache Fahrlässigkeit, wie den Termin zu vergessen.

**BSG – B 11 AL 67/03 R
vom 14. Juli 2004**

Anzeige _____

Jetzt fürs Alter absichern

Immer mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wollen sich zusätzlich zur gesetzlichen Rentenversicherung absichern. Welche Vorteile und Möglichkeiten bietet die Metall-Rente? metall gibt Antworten auf die wichtigsten Fragen.

? Wer steht hinter der Metall-Rente?

Die Metall-Rente ist eine gemeinsame Einrichtung von IG Metall und Gesamtmetall. Das Versorgungswerk wurde nach dem Abschluss des Tarifvertrags zur Entgeltumwandlung in der Metall- und Elektroindustrie im Herbst 2001 gegründet. Die Bilanz seither: mehr als 140 000 Vertragsabschlüsse in über 7000 Unternehmen. ◀

? Wie funktioniert die Entgeltumwandlung?

Möglich ist die Umwandlung von vermögenswirksamen Leistungen, Sonderzahlungen oder auch von Teilen des monatlichen oder sonstigen Entgeltbestandteilen. Der Arbeitnehmer kann verlangen, dass ein Teil seiner Entgeltansprüche – maximal bis zu vier Prozent der jeweiligen Beitragsbemessungsgrenze der gesetzlichen Rentenversicherung – für seine individuelle Altersversorgung verwendet, vom Arbeitgeber eingezahlt und von einer Versorgungseinrichtung angelegt wird. Im Jahr 2005 sind dies bis zu 2496 Euro pro Jahr. Dieser Teil des Einkommens ist steuerfrei und bis einschließlich 2008 auch sozialversicherungsfrei. ◀

? Was ist die »Eichel«-Förderung?

Zusätzlich können seit 1. Januar außerdem 1800 Euro steuerfrei im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung verwendet werden. Dieser Betrag ist jedoch sozialbeitragspflichtig. Diese staatlicher Unterstützung heißt »Eichel«-Förderung. Werden beispielsweise 100 Euro monatlich für die betriebliche Altersvorsorge verwendet, werden diese 100 Euro vom Arbeitgeber direkt an die Versorgungseinrichtung abgeführt. Steuern und Sozialbeiträge zahlt man nur für den übrigen Lohn. ◀

? Müssen bei der Entgeltumwandlung überhaupt keine Steuern gezahlt werden?

Die daraus ersparte Rente wird versteuert. Aber meistens ist das günstiger, weil Rentner in der Regel einen niedrigeren Steuersatz haben als Arbeitnehmer. ◀

? Und was ist die »Riester«-Förderung?

Bei der »Riester«-Förderung zahlt man die Beiträge aus seinem Nettoeinkommen, das heißt nachdem man Steuern und Sozialbeiträge abgeführt hat. Dazu gibt es vom Staat bis zum Jahr

2008 in vier Stufen steigende Zulagen, für den Sparer, den Ehepartner und für jedes Kind, solange es kindergeldberechtigt ist. Um die vollen Zulagen zu bekommen, muss man selbst einen bestimmten Mindestbeitrag zahlen. Wahlweise kann man die Beiträge auch bis zu einer bestimmten Höchstgrenze als Sonderausgaben von der Steuer absetzen. 2005 sind das bis 1050 Euro. Das Finanzamt prüft jeweils, was im Einzelfall für den Arbeitnehmer günstiger ist. ◀

? Was ist besser, »Riester«- oder »Eichel«-Förderung?

Das kommt auf die Höhe des Einkommens und die Familiengröße an. In den meisten Fällen ergeben sich für Singles und Familien mit bis zu zwei Kindern Vorteile bei der »Eichel«-Förderung. ◀

? Was bietet die Metall-Rente?

Sie bietet die drei Durchführungswege Pensionskasse, Pensionsfonds und Direktversicherung an, zusätzlich auch eine rückgedeckte Unterstützungskasse. In den ersten drei Wegen können beide Förderarten, »Eichel«- und »Riester«-Förderung, gewählt werden. In allen Durchführungsweisen ist außerdem die zusätzliche Absicherung von Berufsunfähigkeit und Hinterbliebenen möglich. Je nach Angebot des Arbeitgebers gibt es bei der Direktversicherung und der Pensionskasse die Wahl zwischen einer sicherheitsorientierten klassischen und einer fondsgebundenen Variante. ◀

? Ab welchem Alter sollte man einsteigen?

Je früher, desto besser. Denn: Je langfristiger



Foto: Wisam / Krawitt

Sicherheit im Alter: »Je langfristiger Geld angelegt wird, desto besser«

Geld für eine zusätzliche Rente angelegt wird, desto höher sind die Erträge. Insbesondere der Zinseszinsseffekt macht es möglich, langfristig mit relativ geringem Sparaufwand bis zum Rentenbeginn hohes Kapital zu sparen. ◀

? Lohnt sich die Entgeltumwandlung auch für ältere Beschäftigte?

Auch ältere Arbeitnehmer können dank Steuervorteile der Entgeltumwandlung in der Regel eine höhere Rendite erzielen, als sie dies mit Sparen aus ihrem Nettoeinkommen könnten. ◀

? Ist eine Kapitalzahlung statt lebenslanger Rente möglich?

Über die im Fall einer Kapitalauszahlung geltenden steuerlichen und sozialversicherungsrechtlichen Regelungen sollte man sich umfassend informieren, bevor eine Entscheidung für eine Kapitalauszahlung gefällt wird. ◀

? Gibt es für die Entgeltumwandlung auch vorgeschriebene Mindest- und Höchstbeiträge?

Ja. Macht man von seinem Anspruch auf Entgeltumwandlung Gebrauch, müssen zurzeit mindestens 181,13 Euro jährlich angespart werden. Steuer- und sozialabgabenfrei sind höchstens 2496 Euro. Steuerfrei weitere 1800 Euro. ◀

? Und in anderen Branchen?

Neben der Metall- und Elektroindustrie haben sich auch andere Branchen und Einzelunternehmen dem Versorgungswerk Metall-Rente angeschlossen. Die Textilindustrie, die Holz- und Kunststoffbranche, die Stahlindustrie und auch die AOK haben sich beispielsweise für Metall-Rente entschieden. ◀

? Kann die Metall-Rente auch von Betrieben genutzt werden, die nicht tarifgebunden sind?

Ja. Sowohl tarifgebundene Arbeitgeber, als auch nicht tarifgebundene Arbeitgeber können ihren Beschäftigten die Metall-Rente anbieten. ◀

? Was, wenn das eigene Unternehmen noch keine betriebliche Altersversorgung anbietet?

Wer sich für eine betriebliche Altersversorgung interessiert, sollte sich mit der Personalabteilung und dem Betriebsrat in Verbindung setzen und dort seinen Wunsch nach Entgeltum-

wandlung anbringen. Denn: Jeder Betrieb ist vom Gesetzgeber verpflichtet, entsprechende Angebote zu machen. ◀

? Kann man seine Versorgung zu einem neuen Arbeitgeber mitnehmen?

Für seit 1. Januar abgeschlossene Verträge hat jeder Arbeitnehmer grundsätzlich auch außerhalb von der Metall-Rente einen Rechtsanspruch auf Übertragung auf einen Versorgungsträger eines neuen Arbeitgebers. Voraussetzungen und Höchstgrenzen hierfür sind im Alterseinkünftegesetz näher geregelt. ◀

? Die erworbenen Ansprüche können also bei Firmenwechsel nicht verfallen?

Die Ansprüche, die durch Entgeltumwandlung entstehen, verfallen nicht. Sie sind vom ersten Tag unverfallbar. Wird der Vertrag vom Beschäftigten oder vom neuen Arbeitgeber nicht fortgeführt oder das Versorgungskapital nicht auf den neuen Arbeitgeber übertragen, endet

der Vertrag mit dem Ausscheiden. Der Arbeitnehmer hat, wenn er das Rentenalter erreicht, Anspruch auf die bis zu seinem Ausscheiden angesparte Betriebsrente gegen seinen früheren Arbeitgeber. ◀

? Ist die Auszahlung auch möglich?

Grundsätzlich nein, denn es gelten immer die Bestimmungen des Betriebsrentengesetzes. Mit den Steuererleichterungen sollen zusätzliche Rentenansprüche fürs Alter aufgebaut werden. ◀

? Können Beiträge während der Laufzeit erhöht oder reduziert werden?

In Pensionskasse, Pensionsfonds und Direktversicherung sind bei Metall-Rente auf der Basis eines einmal vereinbarten laufenden Beitrags jährliche, zusätzliche, variable Beitragszahlungen möglich. Außerdem kann bei Vertragsabschluss eine Beitragsdynamik vereinbart werden. ◀

? Was geschieht, wenn sich der Beschäftigte die Entgeltumwandlung nicht mehr leisten kann?

Der Vertrag mit Metall-Rente wird auf der Basis eines einmal vereinbarten laufenden Beitrags geschlossen. Kann man sich diesen Beitrag

Weitere Infos

► **Telefon-Hotline** für Arbeitgeber und Betriebsräte: 01802-222 994 (Montag bis Freitag von 8 bis 16 Uhr)

► **Internet:** www.metallrente.de
Dort gibt es auch den »Förderrechner«. Mit dessen Hilfe lässt sich ausrechnen, ob die »Riester«- oder die »Eichel«-Förderung die günstigere Variante ist. Der »Betriebsrentenrechner« zeigt, wie viel Rente man bekommt, wenn jetzt eingezahlt wird. Man kann hier die verschiedenen Durchführungswege auswählen und auch die Optionen Sicherung von Berufsunfähigkeit und Hinterbliebenen.

► Die IG Metall hat ebenfalls Informationsmaterial zur Metall-Rente erarbeitet. Auskünfte gibt es bei den Verwaltungsstellen oder unter ► www.igmetall.de. ◀

nicht mehr leisten, darf die Beitragszahlung für höchstens drei Jahre unterbrochen werden. Für die Unterstützungskasse sind dagegen über die gesamte Laufzeit gleichbleibende oder steigende Beiträge aufzubringen. Die Beitragsanpassungen nach unten sind grundsätzlich nicht möglich. Ausnahmen gibt es nur, wenn die Arbeitszeit beispielsweise wegen Altersteilzeit reduziert wird oder wenn vorübergehend kein Entgelt erzielt wird, wie im Mutterschutz. ◀

? Besteht die Möglichkeit, die Beitragszahlung einzustellen?

Ja. Aber jede Beitragsreduzierung mindert die späteren Rentenleistungen, weil weniger Kapital angespart wird. Außerdem können durch eine Beitragsfreistellung Zusatzversicherungen wie eine Berufsunfähigkeitsversicherung entfallen. ◀

? Und bei Firmenpleite?

Hat der Arbeitgeber die Beiträge der Arbeitnehmer ordnungsgemäß an einen externen Träger, wie eine Direktversicherung, eine Pensionskasse oder einen Pensionsfonds abgeführt, sind sie vor einer Insolvenz des Arbeitgebers geschützt. ◀

? Kann die Leistung auch früher als vereinbart in Anspruch genommen werden?

Die Leistungen können frühestens nach Vollendung des 60. Lebensjahres abgerufen werden, unabhängig davon, ob man sich bereits im Ruhestand befindet oder ob man altersbedingt oder wegen Erwerbsminderung im Sinne der gesetzlichen Rentenversicherung aus dem Arbeitsverhältnis ausgeschieden ist. ◀

? Was geschieht bei Elternzeit, längerer Krankheit oder Arbeitslosigkeit?

Der Anspruch auf Entgeltumwandlung ist vom Bestand des Arbeitsverhältnisses abhängig. Wer also kein Arbeitsentgelt bezieht, kann es auch nicht mehr zum Erwerb einer zusätzlichen Rente umwandeln. Allerdings kann der Vertrag vorübergehend oder dauerhaft privat weitergeführt werden. Es ist auch möglich, den Vertrag vorübergehend oder dauerhaft beitragsfrei zu stellen. Werden die Zahlungen innerhalb von drei Jahren wieder aufgenommen, entstehen, bis auf die entsprechende Reduzierung der späteren Rentenleistung, keine weiteren Nachteile. Im Fall dauerhafter Beitragsfreistellung bleibt der Anspruch auf Betriebsrente aus den Beiträgen, die bis dahin eingezahlt wurden, erhalten. ◀

? Was, wenn der Versicherte ALG II bekommt?

Die Versorgungsansprüche bleiben erhalten. Unverfallbare Anwartschaften aus der betrieblichen Altersversorgung werden grundsätzlich nicht auf das Arbeitslosengeld II angerechnet. ◀

? Kann eine bestehende betriebliche Altersversorgung für eine Entgeltumwandlung genutzt werden?

Prinzipiell ja. Es muss nur darauf geachtet werden, dass ein so genannter förderfähiger Durchführungswege angeboten wird. Diese betriebliche Altersversorgung muss also in Form einer Pensionskasse oder eines Pensionsfonds organisiert sein oder es muss eine Direktversicherung angeboten werden. ◀

Susanne Rohmund



Foto: Hann-Sequenz / wifo-press

Weltmeister « im Export von Arbeitsplätzen?» »»

PETER BOFINGER
darüber, dass Deutschland wieder
weniger im Ausland investiert.

In Deutschland nimmt die Angst vor der Arbeitslosigkeit immer mehr zu. Es dürfte nicht mehr viele Arbeitnehmer geben, die heute darauf vertrauen, dass ihr Arbeitsplatz noch sicher ist. Dies ist kein Wunder, denn es vergeht kaum ein Tag, an dem die Medien nicht über neue geplante Arbeitsplatzverlagerungen nach Osteuropa oder China berichten. Und so kam es für die meis-

ten Menschen wohl nicht überraschend, dass der »Spiegel« im letzten Herbst auf einer Titelseite Deutschland zum »Weltmeister im Export von Arbeitsplätzen« ernannte.

Doch trotz ihrer großen Verbreitung sind die Berichte über das Ausmaß der deutschen Auslandsinvestitionen völlig überzogen. Dies zeigen die von der Deutschen Bundesbank kürzlich

veröffentlichten Zahlen: Denen zufolge ist in den letzten Jahren vergleichsweise wenig deutsches Investitionskapital ins Ausland geflossen. Im Jahr 2004 wurde per Saldo sogar desinvestiert. Es gibt also keinen seriösen statistischen Beleg dafür, dass von deutschen Unternehmen in besonders hohem Maße im Ausland investiert wird. Auch die Bundesbank stellt fest, dass »sich die aktuelle Investitionsschwäche in Deutschland nur eingeschränkt mit den in der Zahlungsbilanzstatistik erfassten Auslandsinvestitionen deut-

scher Unternehmen erklären« lässt. (Monatbericht März 2005, Seite 43).

Schlichtweg falsch ist die Behauptung, Deutschland sei Weltmeister im Export von Arbeitsplätzen. Ein Blick in den World Investment Report 2004 von UNCTAD zeigt, dass die deutschen Auslandsinvestitionen im Jahr 2003 nur 0,6 Prozent der Inlandsinvestitionen betragen. Im Jahr 2002 waren es 2,3 Prozent. In Frankreich lag diese Kennzahl im Jahr 2003 bei 17 Prozent, in Großbritannien bei 19 Prozent, im Durchschnitt der EU waren es 16,8 Prozent. Deutsche Unternehmen investieren also deutlich weniger im Ausland als ihre Konkurrenten in den »alten« EU-Mitgliedsländern.

Wer ohne Not mit der Angst der Arbeitnehmer spielt, schadet am Ende sich selbst. Schon jetzt ist die Sparquote in Deutschland höher als in den meisten anderen Industrieländern. Was die Arbeitnehmer von ihrem Einkommen sparen, kann nicht als Konsum in die Unternehmensgewinne fließen. Es gelangt dann nur sehr viel mühsamer – als Bankkredit – in die Sphäre der Unternehmen zurück. Noch mehr Angstsparen ist deshalb das Letzte, was die deutschen Unternehmen brauchen könnten. ◀

Volkswirtschaft geschrieben und verständlich für jedermann

»Wohlstand für alle«

Sein Lebenslauf

Peter Bofinger ist einer der fünf Wirtschaftsweisen, die die Bundesregierung in wirtschaftlichen Fragen beraten. Er ist außerdem Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Würzburg. Seine Forschungsschwerpunkte: Geld- und Währungstheorie, Reform der sozialen Sicherungssysteme sowie die allgemeine Wirtschaftspolitik. Peter Bofinger wurde 1954 in Pforzheim geboren.

Sein aktuelles Buch

»Wir sind besser, als wir glauben«

Bofingers Buch zeigt, dass der Standort Deutschland viel besser ist, als wir glauben. Es macht Schluss mit dem Gejammer. Bofinger zeigt, wie gefährlich das Prinzip »Geiz ist geil« für eine Volkswirtschaft ist. Zum Schluss entwickelt er ein Zehn-Punkte-Programm für Wachstum und Beschäftigung. Sein Buch orientiert sich an Ludwig Erhards Modell des »Wohlstand für alle«. Buchpreis: 19,95 Euro



»Es fehlt an einem Gesamtkonzept und die Nachfrage wurde sträflich vernachlässigt.«

Monatsrätsel . . .

niedriges Waldchen zw. Feldern und Wiesen	Zusatzgeld	Gemahlin des Zeus	Währung von Venezuela	Schwiegervater Jakobs	Europäische Zentralbank (Abk.)	Unterstützung der neuen Bundesländer	Ausflug zu Pferd
16					persönl. Fürwort		19
			übermäßig geliebtes Wesen			3	
Sprung beim Eiskunstlauf				Burg in der Südeifel			20
Pflanzen-spross			Wasserbüffel	Geräte-schuppen			
			Back-treibmittel		11	Sohn Isaaks im Alten Testament	
artig, wohl erzogen	weibl. Vorfahr in der Höhe			Abkürzung für den US-Staat Delaware			13
Hautöffnung				europ. Fluss			altgriech. Kriegsschiff
Kurort im Spessart		6		innerhalb kurzer Zeit			
			US-Polizei (Abk.)		Empfehlung		12
			frz. Name von Nizza				
Held des Trojanischen Krieges		18		unverfälscht			
				Nord-europäer			
	10		Geliebte des Zeus				englisch: zehn
			Heilpflanze		4		
Astrologe Wällestens	EDV-Begriff			Bündel von Schriften			17
	Filmwitz	15		mitteleurop. Zeit (Abk.)			
Säugetier mit Stachelkleid		1		Längenmaßeinheit			2
				Autokz. v. Friedrichshafen			
			Heizgerät			Auto-kennzeichen von Neuss	
				8			
1. Frau Jakobs im Alt. Test.	Trennlinie zwischen Staaten						
				7			

Lösungswort Kreuzworträtsel

1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13 14

□ □ □ □ □ □ □ □ □ □ □ □ □ □ □ □

Das Lösungswort auf eine Postkarte schreiben und bis 30. Mai 2005 senden an:

Redaktion metall, Preisrätsel, 60146 Frankfurt

Lösungswort aus März: Globalisierungsfalle

Diesen Monat verlosen wir unter den Einsendern der richtigen Lösung wieder

Der Zusatzgewinn im Januar/Februar:

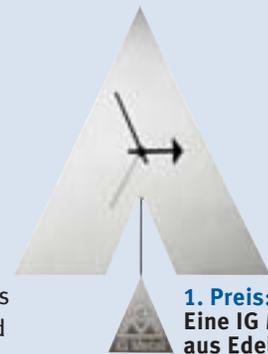
Je ein IG Metall-Fußball geht an:

Meinhard Fahlen, Kirchhundem Edith Weise, Luckenwalde

Teilnehmen können nur Mitglieder der IG Metall, allerdings keine hauptamtlich Beschäftigten.

► fünf IG Metall-Autosicherheitswesten als Extrapreis. Zusätzlich verlosen wir zwei IG Metall-Fußbälle

Hauptpreise:



1. Preis: Eine IG Metall-Wanduhr aus Edelstahl



2. Preis: Ein original Steiff-Teddy »Petsy«



3. Preis: Ein Multi-Funktionswerkzeug »Leatherman« aus Edelstahl

Drei-Monats-Rätsel . . .

Teil 5

1) Binokular	4) Kapelan
a) DoppelfernrohrSELB	a) Seeigel.....GER
b) GartenhackePLU	b) LachsfischAVEN
c) vierte Potenz.....MAR	c) kath. GeistlicherAUF
d) Kartenspiel.....TIR	d) Sternzeichen.....PRO
2) Freteur	5) Melange
a) best. Reeder.....STDE	a) GewürzständerFL
b) Schiffsfracht.....DEL	b) österr. MilchkaffeeMA
c) MarderRT	c) franz. RotweinSCH
d) SchmelzgemengePT	d) Potpourri.....TOR
3) Inula	6) Statiker
a) EdelmetallPRIX	a) Schauspieler.....HAL
b) Weißwal.....LAUB	b) Bauingenieur.....CHT
c) HeilpflanzeMSKL	c) StudentBEL
d) LanzenreiterMON	d) Gepräge, Prunk.....RUE

Kennen Sie die folgenden Wörter? Bei richtiger Lösung ergeben die rechts stehenden Buchstaben von oben nach unten gelesen, den vierten Teil unseres Drei-Monats-Rätsels.

Lösungsspruch Teil 1-2 bis 3:

Die nackte Wahrheit ist besser als die vergoldete Luege.

Lösungsspruch des Drei-Monats-Rätsels aus Teil 4 bis 6 auf eine Postkarte schreiben und bis 30. Juni 2005 einsenden an:

Redaktion metall, Preisrätsel, 60146 Frankfurt

Sie müssen den Spruch aus drei aufeinander folgenden Heften eines Quartals lösen. Haben Sie den richtigen Spruch herausgefunden, können Sie pro Quartal einen der drei Hauptpreise und einen von zehn Gutscheinen für die Büchergilde Gutenberg im Wert von 25 Euro gewinnen, gestiftet von der BHW-Leben. Und als weiteres Extra: eine ACE-Klubmitgliedschaft für ein Jahr im Wert von 51 Euro.

Die ACE-Klubmitgliedschaft gewinnt: Kurt Bernsen, Voerde

Unsere Gewinner des Drei-Monats-Rätsels Teil 10 bis 12:

- 1. Preis: Adam Wlassek, Lehre
- 2. Preis: Günter Renner, Engelthal
- 3. Preis: Mamert Breunig, Freudenberg

Zu Besuch bei

Rainer Reusing

Der Rentner geht auf die Marathonstrecken, um beweglich und schlank zu bleiben. Er ist immer auf der Suche nach seinen eigenen Grenzen.

metall-Autorin Heide Platen fuhr mit ihm zu seiner Trainingsstrecke.



Foto: Kristina Jentsch

Marathonläufer und Metaller Rainer Reusing

Rainer Reusing fährt zuerst auf den Kappelberg, 430 Meter hoch. Von da oben blickt man weit auf Wiesen und Weinberge oberhalb von Fellbach bei Stuttgart. Da wächst der »Fellbacher Goldberg«. Von hier aus läuft Reusing Kilometer um Kilometer. Laufen, das ist sein Leben, nicht im Rentner-, sondern im Wanderschritt. Auch im Hochsommer tragt der 67-Jährige seine 25 Kilometer im Marathontempo. Heiß war es im August des vergangenen Jahres, die Luft schwer und feucht. Da hat er auf der Strecke drei Kilo Gewicht verloren: »Das war schon sehr anstrengend.« Aber Rainer Reusing will es gar nicht einfach haben, der schmale, drahtige Mann kennt seine Schwäche, die auch seine Stärke ist: die eigenen Grenzen erfahren.

Er hat sich sein Leben lang nach oben gearbeitet. Das Geld war knapp bei den Eltern. Der Sohn lernte wie der Vater das Schreinerhandwerk. Dann schliß er Parkett, verlegte Teppichböden und PVC. Nebenbei arbeitete er an der Selbstständigkeit, baute Holztreppen. Dämpfe und Staub machten ihn krank: »Damals wusste man noch nichts von Holzschutzmitteln.« Zuerst sei für ihn »eine Welt zusammengebrochen«. In der Kur rappelte er sich wieder, meldete sich auf eine Anzeige zur Ausbildung als Programmierer/Tabellierer. Die elektronische Datenverarbeitung (EDV) war Neuland.

Nach einem Test stellte die Firma Mercedes-Daimler ihn als Operator ein, obwohl ihm die kaufmännische Erfahrung fehlte: »Damals war die EDV die angesehenste Abteilung.« Reusing hatte Freude an der Aufbauarbeit, wurde Hauptgruppenleiter. Und zog bei der Karriere eine erste Grenze. Er hielt sich in der zweiten Reihe: »Lieber ein paar Mark weniger. Mir ging es gut. Ich wollte nicht Chef werden.« Zwei Jahre lang war er kommissarischer Leiter des Daimler-Rechenzentrums: »Ich bin kein Machtmensch.« 1992 wurde er Betriebsrat, trat aber erst 1994 in die IG Metall ein, von der er bis dahin, politischer CDU nahestehend, nicht viel gehalten hatte. Aber der Kontakt zu den Funktionären seiner Verwaltungsstelle überzeugte ihn: »Die waren professionell, hatten ein unglaubliches Fachwissen und Redekunst.« Er selbst habe zuerst »nur Bahnhof verstanden«, dann aber schnell gemerkt, dass er in die Ausschüsse müsse. Sechs Jahre lang war er dann Vorsitzender des Personalausschusses. Mit 57 Jahren übernahm er noch einmal eine neue, große Aufgabe im Kontroll-Center und Robotergeschäft. Das sei, sagt er, auch gut für seine Betriebsratsarbeit gewesen, »weil da auch Produktion dabei war«. Er handelte Schichtmodelle, Ergänzungsstarif-

verträge, bessere Eingruppierungen der Mitarbeiter aus. Dass das Daimler-Rechenzentrum 2000 an die Debis ausgegründet und dann an die Telekom verkauft wurde, »das war schlimm für uns«: »Wir waren doch stolz darauf, Mercedes-Leute zu sein.«

Mit der Lauferei fing er spät, dafür aber mit ganzem Einsatz an. Anfangs verausgabte sich Rainer Reusing, rannte zu schnell, lern-

te dann, sich langsamer zu steigern. 1990 lief er den Berlin-Marathon. Mit einer Zeit von drei Stunden, 14 Minuten kam er als 2500. von 25 000 Läu-

fern ins Ziel. Heute läuft er für seinem Heimatverein TV Schmiden. Seine Seniorenmannschaft ist siegreich, der älteste Läufer im Team ist 69 Jahre alt.

Selbst eine Meniskusverletzung konnte Reusing bisher nicht aufhalten. Die Interimszeit der Genesung überbrückte er mit Radfahren. Seine Philosophie ist die Bewegung, nicht rasten: »Nichts machen ist eine Strafe für mich.« Und außerdem, gesteht Reusing, sei er »sehr eitel«. Er wünscht sich, bis ins hohe Alter gesund, aber vor allem schlank und fit zu bleiben. Dem Beruf trauert er nicht nach. Er läuft, manchmal 100 Kilometer in der Woche, und hat endlich Zeit für seine drei Enkel und die Familie. ◀

»Die IG Metaller waren professionell, hatten unglaubliches Fachwissen und Redekunst«

